

GEDENKTAFEL /tui/ „Dem Gedenken an die Mitglieder der Technischen Hochschule Berlin, die zwischen 1933 und 1945 unter der nationalsozialistischen Herrschaft von ihrer Wirkungsstätte vertrieben wurden“ ist eine Tafel gewidmet, die am 27. Juni an der TU Berlin von dem Präsidenten, Prof. Hans-Jürgen Ewers enthüllt wurde. Die Enthüllung fand im Rahmen der Sitzung des Akademischen Senats statt und sollte dadurch dokumentieren, dass dieses Erinnern und Mahnen an demokratische Verantwortung für die Gesellschaft als fundamentaler Teil im akademischen Leben verankert und lebendig ist. Lesen Sie Auszüge aus der Rede des Präsidenten auf Seite 2.

FAKULTÄTSTAG /tui/ Im Zuge der Neustrukturierung der TU Berlin entstand im April dieses Jahres die neue Fakultät VII Architektur Umwelt Gesellschaft. Mit ihrem ersten Fakultätstag am 6. Juli suchte die neue Formation das Gespräch mit Stadt und Region. Zunächst wurden in Arbeitsgruppen Aspekte der Stadtentwicklung, die im Rahmen der vom Berliner Senat herausgegebenen „Berlin-Studie“ thematisiert wurden, auf ihre Relevanz für Forschung und Lehre diskutiert. In der Plenarveranstaltung am Nachmittag wurden zusammen mit Vertretern aus Politik, Gesellschaft und Verwaltung Fragen und Erwartungen an die neue Fakultät sowie Forschungsprojekte und Kooperationsvorschläge aus den Fachgebieten der Fakultät erörtert und vorgestellt. Lesen Sie mehr dazu auf Seite 5.

HAUSHALT /tui/ Das Kuratorium der Technischen Universität Berlin hat Ende Juni den Haushalt 2002 in Höhe von 340,1 Mio. Euro gebilligt.

parTU /stt/ Die vierte Ausgabe von parTU – dem Alumnimagazin des nationalen Absolventinnen-, Absolventen- und Ehemaligenprogramms der TU Berlin ist soeben erschienen. Es kann bestellt werden unter: www.tu-berlin.de/alumni/parTU/index.html oder telefonisch unter 314-2 39 22. Mittlerweile sind mehr als 6300 ehemalige Studierende oder Mitarbeiter der TU Berlin Mitglied im Programm, das seit drei Jahren von der Pressestelle betreut wird.

RECHENSCHAFT /stt/ Der Rechenschaftsbericht der TU Berlin für die Jahre 1999 und 2000 ist nun auch online verfügbar. Unter der Internetadresse www.tu-berlin.de/presse/rb kann er abgerufen werden. Auf dieser Internetseite hat man auch Zugriff auf seine Vorgänger ab dem Jahr 1995.

INHALT	
Kanzlersorgen Loch im Haushalt	3
Ausbildung Angebot und Meinungen	4
Wissenschaftssommer Tipps für Neugierige	9

Die TU Berlin als Ideenschmiede Preise über Preise für Existenzgründer aus der Universität

Die TU Berlin ist die Ideenschmiede Berlins. Diesen Namen hat sie sich nicht selber zugelegt, er wurde ihr im Rahmen eines Sonderpreises, den sie erhalten hat, zuteil. Und tatsächlich: Liest man die Pressemitteilungen verschiedener Gründerwettbewerbe und Gründerpreise hat man den Eindruck, dass sich die TU Berlin zurzeit im Gründerrausch befindet. TU-Absolventen haben nicht nur beim Businessplan-Wettbewerb alles, was an Preisen vergeben wurde, eingesammelt. Auch im eigenen Haus gibt es nun einen Gründerpreis, der das Engagement der Existenzgründer auszeichnet – Preise überall!

Die Firma ActinoDrug und die Proteome Factory haben vieles gemeinsam. Beide Unternehmen wurden von TU-Absolventen gegründet, beide Firmen sind im Bereich der Biotechnologie tätig, und beide Firmen sind Preisträger des TU-Unternehmensgründerpreises, der am 10. Juli erstmals vergeben wurde. Stifter des Preises ist die Technologie Coaching Center GmbH (TCC), die gemeinsam mit der Gesellschaft von Freunden der TU Berlin e. V. den mit 10 000 DM dotierten Preis für herausragende technologische oder innovative Gründungsvorhaben



TU-Unternehmensgründer im Preisrausch: Christian Scheler, Ben Dawies, Franz Theuring, Frank Eßmann, Hansgeorg Rasch, Johann Salnikow, Martin Brause, Rico Berger, Nicolas Grammel von der Proteome Factory AG (v.l.n.r.) und ActinoDrug Pharmaceuticals GmbH wurden mit dem TU-Unternehmensgründerpreis ausgezeichnet

Proteine auf einem gallertartigen Trägermaterial aufgetrennt – mit dieser Untersuchungsmethode will die Proteome Factory neue Zielmoleküle gegen Krankheiten finden

aus allen wissenschaftlichen Bereichen der TU Berlin auslobt. Eingereicht werden konnten sowohl ausgearbeitete Unternehmenskonzepte als

auch im vergangenen Jahr realisierte Gründungen. Die Jury, die sich aus Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Wirtschaft zusammensetzte, hat sich in diesem Jahr für zwei Preisträger entschieden und den beiden Biotechnologieunternehmen den Zuschlag erteilt. Dr. Ulrich Keller, Dr. Rico Berger, Dr. Frank Pfennig, Dr. Nicolas Grammel und Dr. Florian Schauwecker von Actino Drug Pharmaceuticals haben ihr erstes Jahr als Unternehmer bereits hinter sich. Im Juni 2000 haben sie ihre Firma offiziell gegründet und sind mit ihren Geschäftsräumen mittlerweile ins Biotechnologiezentrum Hennigsdorf (Brandenburg) gezogen. Die sieben promovierten Wissenschaftler kommen alle vom Max-Volmer-Institut für Biophysikalische Chemie und Biochemie der TU Berlin. ActinoDrug ist in der Lage, Grundbau-

steine natürlicher Wirkstoffe mit biotechnologischen Methoden neu zu verknüpfen und hilft somit der Pharmaindustrie bei der ständigen Suche nach neuen Wirkstoffen. Auch Auftragsforschung soll in dem Unternehmen durchgeführt werden. Die Proteome Factory AG will neue Zielmoleküle, so genannte drug targets, für Volkskrankheiten wie Krebs und Alzheimer entdecken, um die Entwicklung neuerartiger Arzneimittel zu ermöglichen. Das siebenköpfige Team um Dr. Christian Scheler, Dr. Martin Krause und Prof. Dr. Johann Salnikow, ebenfalls vom Max-Volmer-Institut, kann durch seine Arbeit Ergebnisse erzielen, die vor kurzer Zeit noch undenkbar erschienen, und möchte sich somit ebenfalls zu einem unverzichtbaren Partner der Pharmaindustrie entwickeln. Mitgründer sind außer-

dem noch Mediziner von der Charité. Zu den eingangs erwähnten Gemeinsamkeiten der beiden neugegründeten Firmen kommt noch eine weitere hinzu. Beide Unternehmen haben bereits auf anderen Gründerwettbewerben Preise erhalten. ActinoDrug war Sieger des letztjährigen Businessplan-Wettbewerbs Berlin-Brandenburg (bpw) und hat beim diesjährigen Gründerwettbewerb StartUp auf Regionalebene ebenfalls den ersten Platz belegt. Die Gründer der Proteome Factory haben es ihren Kollegen gleichgetan und holten in diesem Jahr den ersten Preis beim bpw, der am 28. Juni vergeben wurde, nach Hause (s.a. S. 8). Eines sei noch angefügt: Die Entscheidung der Jury des TU-Unternehmensgründerpreises fiel unabhängig vom Sieg der Proteome Factory beim Businessplan-Wettbewerb. *Bettina Klotz*

Haushaltsloch Zukunftsfonds geht ins Leere

Der Zukunftsfonds Berlin ist auf die Nachschiebeliste des Übergangssenats geraten“, schreibt TU-Präsident Prof. Dr. Hans-Jürgen Ewers in seiner Eigenschaft als Mitglied des Kuratoriums der Technologiestiftung Berlin an die Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhaus Anfang Juli 2001. Von 250 Millionen DM sollen 230 Millionen zur Deckung des defizitären Haushalts 2001 verwendet werden. „Das ist das Ende der technologisch-politischen Zukunft Berlins, die Verteilung der Saatkartoffeln an die vermeintlich Armen“, so Ewers weiter. Aus dem Teil-Verkauf der Berliner Wasser Betriebe flossen 310 Millionen Mark in den Zukunftsfonds. Das war 1999. Mit dem Zukunftsfonds Berlin sollten Innovationsprojekte mit strategischer Bedeutung für die Region gefördert werden. Der Fokus lag vor allem auf Bio- und Medizintechnologie, Informations- und Kommunikationstechnologie sowie Verkehrstechnologie. In einem weiteren Brief haben sich jetzt Berliner Wissenschaftler an die Spitzenpolitiker des Landes gewandt. Damit wollen sie ebenfalls verhindern, dass der Berliner Zukunftsfonds aufgelöst und zur Sanierung des Landeshaushaltes ver-

wandt wird. Die gesamte Republik bestaune derzeit fassungslos, wie die neue Berliner Landesregierung sich ansieht, die ersten vielversprechenden Anfangserfolge einer zukunftsorientierten Technologiepolitik zunichte zu machen, schreiben die Unterzeichner, darunter neben den drei Universitätspräsidenten auch Prof. Dr. Ingolf Hertel, Sprecher der Forschungsinstitute in Adlershof, Prof. Hans-Olaf Henkel, Präsident der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz, und Prof. Dr. Detlev Ganten, Vorsitzender der Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren und Direktor vom Max-Delbrück-Centrum für Molekulare Medizin, Berlin-Buch. Im Vertrauen auf die Bereitstellung der Gelder aus dem Zukunftsfonds hätten Unternehmen, Forschungsinstitute und Hochschulen bereits seit zwei Jahren „Ideen entwickelt, Pläne geschmiedet, Ko-Finanzierungsmittel bereitgestellt, strategische Verbünde verabredet“. Wissenschaftssenatorin Adrienne Goehler sprach davon, dass der künftige Zukunftsfonds ein anderes Gesicht bekäme. Zusätzliches Geld sei jedoch ausgeschlossen. „Die Haushaltslage ist desaströs.“ stt

Hochschulverträge Marathon mit vielen Hürden

Neue politische Verhältnisse erfordern neue politische Verhandlungen. Genauso erging es den Berliner Hochschulen, wurde doch durch den Berliner Übergangssenat das Thema Einsparung im Hochschulmedizinbereich wieder auf die Tagesordnung gehoben. Das bedeutete gleichzeitig, dass die bereits ausgehandelten Hochschulverträge kurz vor „Zieleinlauf“ nochmals gestoppt wurden. Schließlich signalisierten nach harten und intensiven Verhandlungen die Präsidenten und Rektoren der Berliner Hochschulen dann am 10. Juli ihre grundsätzliche Zustimmung zu den veränderten Hochschulverträgen. Zwei Hürden standen dann noch an: Der Hauptausschuss des Berliner Abgeordnetenhaus (11. 7.) stimmte den Verträgen zu, und am 13. 7. wurden sie im Plenum endgültig verabschiedet. In den nun aktuellen Vereinbarungen garantiert das Land den acht Vertragshochschulen feste Zuschüsse in Höhe von 2,29 Milliarden DM in 2003, von 2,319 Milliarden in 2004 und 2,349 Milliarden in 2005. Darüber hinaus erhalten die Hochschulen vertraglich abgesicherte investive Zuschüsse in Höhe von rund 180 Millionen DM. Im Rahmen der

Hochschulverträge wird das geplante Budget für die Universitätsmedizin zwischen 2003 und 2005 um 145 Millionen DM abgesenkt. Der Spardruck wird zu erheblichen Strukturveränderungen führen, die eine Expertenkommission vorschlagen soll. Insgesamt sichern die Hochschulverträge die Ausfinanzierung von 85 000 personenbezogenen Studienplätzen. Der Zuwachs bei den Pensionslasten wird ebenso ausgeglichen wie Tarifsteigerungen von 1,5 Prozent. Da in den nächsten Jahren etwa die Hälfte der Professorenstellen aufgrund der Pensionierungswelle neu besetzt werden muss, sind weitere Investitionen erforderlich. Hierfür wird der Gesamtplanfonds ab 2003 um jeweils 50 Millionen DM pro Jahr für ein Professorenrenewierungsprogramm (PEP) für die Universitäten und die Hochschule der Künste erhöht. Die Universitäten erklären sich bereit, wenn auch mit großen Bauchschmerzen, in den folgenden 15 Jahren insgesamt 75 Millionen Mark in einen Strukturfonds einzubringen. Damit sollen die Fachhochschulen ihren Studienplatzanteil von 27 auf 39 Prozent erhöhen. *stt*

Nachgefragt

MAX-PLANCK-GESELLSCHAFT /tui/
Auf der Jahrestagung der Max-Planck-Gesellschaft (MPG) Mitte Juni wurde Prof. Dr. Günter Stock, Forschungsvorstand bei Schering zum Vizepräsidenten der MPG gewählt. Er wird die Suche nach einem Nachfolger für den Präsidenten Prof. Hubert Markl leiten, der im November sein Amt abgibt.

QUALIFIZIERUNGSOFFENSIVE /tui/
In Berlin fand Ende Juni eine gemeinsame Tagung der im Kuratorium der Deutschen Wirtschaft für Berufsbildung organisierten Spitzenverbände der Wirtschaft und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zum Thema „Qualifizierungsoffensive: Bedarf frühzeitig erkennen – zukunftsorientiert handeln“ statt. Die Veranstaltung ist Teil der im Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit gestarteten Qualifizierungsoffensive. Dr. Uwe Thomas, Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung, forderte die Unternehmen auf, die Weiterbildung – auch für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die eher einfache Tätigkeiten ausüben, zu verstärken. Auch das Alter dürfe nicht länger Barriere für weitere Qualifizierungen sein. Bis zum Jahr 2020 wird die Zahl der unter 30-Jährigen in Deutschland um ein Viertel sinken. Rund die Hälfte der Erwerbstätigen wird dann 45 Jahre oder älter sein.
➔ www.frequenz.net

BMBF-HAUSHALTSMITTEL /tui/
Mit einer erneuten Steigerung der Haushaltsmittel von rund 440 Millionen Mark auf nun 16,41 Milliarden Mark (8,39 Mrd. €) wird der Haushalt 2002 des Bundesministeriums für Bildung und Forschung den höchsten Stand aller Zeiten erreichen. Die Bundesregierung stärkt weiterhin entschieden die Innovationskraft in den neuen Ländern. Insgesamt werden für die neuen Länder auch in 2002 über 1,5 Mrd. € zur Verfügung gestellt. Für innovative Regionen werden mit dem Programm InnoRegio im Jahr 2002 35,8 Mio. € ausgegeben. Für „Innovative Regionale Wachstumskerne“ stehen weitere 26,56 Mio. € aus UMTS-Mitteln zur Verfügung. Im Haushalt 2002 sind insgesamt 306,8 Mio. € UMTS-Mittel enthalten, die für strategisch wichtige Zukunftsfelder eingesetzt werden.

ELITE-ABWANDERUNG /tui/
Universitätsrektoren und Präsidenten von Akademien von EU-Beitrittsländern wiesen Mitte Juni bei der internationalen Konferenz „Die europäische Integration und die Wissenschaften“ in Wien darauf hin, dass immer mehr Wissenschaftler nach Westeuropa, in die USA oder nach Japan abwandern. Dadurch werde nicht zuletzt auch die europäische Integration erschwert. Angelockt werden die mittel- und osteuropäischen Wissenschaftler durch bessere Arbeitsbedingungen und höhere Gehälter.

FORSCHERMANGEL /tui/
In der Europäischen Union werden 2010 voraussichtlich 500.000 Forscher fehlen, das ergab eine Studie über den europäischen Forschungsraum. In der Erwerbsbevölkerung haben Forscher in der EU einen Anteil von 5,3 Prozent. In den USA sind es 8,1 Prozent und in Japan 9,3 Prozent. Das Bild in den einzelnen EU-Staaten ist dabei höchst unterschiedlich. Finnland und Schweden liegen mit 10,6 bzw. 8,4 Prozent auf Rang eins und drei der Weltspitze. Deutschland rangiert mit 6,5 Prozent im Mittelfeld. In der Qualität der wissenschaftlichen Ausbildung liegt die EU dagegen vorn: Hier schließen 32 Prozent der Hochschulabsolventen mit einem Doktorgrad ab. In den USA sind es dagegen nur 18 Prozent. Um die Wissenschaftlerlücke zu schließen, plädiert EU-Forschungskommissar Busquin für die Übertragung des deutschen Green Card-Modells auf die EU.

Ist die gesetzliche Krankenversicherung noch zu retten?

Dem „Patienten“ geht es schlecht. Schon kündigen die großen Krankenkassen massive Beitragserhöhungen an und fordern die Bundesregierung auf, umgehend stabilisierende Maßnahmen zu ergreifen. Die CDU hat ein Strategiepapier vorgelegt, in dem sie eine zweistufige Versicherung mit Kern- und Walleleistungen fordert. Auch die Kassenärztliche Vereinigung hält den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen für zu umfangreich und schlug vor, sie solle nur noch für unverzichtbare medizinische Leistungen aufkommen. Die Patienten sind verunsichert und befürchten, nicht mehr die besten Medikamente zu erhalten oder sinnvolle Leistungen vorenthalten zu bekommen, weil die Ärzte sparen müssen. Wie sollte der „Patient“ nun behandelt werden – Pflaster und Kräutertee oder lieber gleich Totaloperation? TU intern befragte dazu den Gesundheitsökonom Prof. Dr. Klaus Dirk Henke vom Institut für Volkswirtschaftslehre. Ist es möglich, das System der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) unter „Ausschöpfung von Wirtschaftlichkeitsreserven“ und weiterer Maßnahmen vorübergehend zu stabilisieren?



Klaus Dirk Henke

Das Vorhandensein von Wirtschaftlichkeitsreserven im Gesundheitswesen wird von den verschiedenen Akteuren sehr unterschiedlich beurteilt. Die Krankenkassen sagen ja, die Ärzte, die Krankenhäuser und andere Leistungserbringer eher nein. Ich bin der Ansicht, dass in einer Wachstumsbranche wie dem Gesundheitswesen, immer Wirtschaftlichkeitsreserven vorhanden sind. Die zu mobilisieren, ist eine Daueraufgabe. Dazu bedarf es neuer Anreizstrukturen und anderer Finanzierungs- und Vergütungssysteme, d. h. einer grundlegenden Reform. Kurzfristig kann man immer durch strengere Budgetierung Beitragsstabilisierung herbeiführen. Aber diese diskretionären Eingriffe, von denen wir schon viel zu viele hatten, füh-

ren zu keiner ordnungspolitisch dauerhaften Lösung und nicht zur Europatauglichkeit der GKV.

Wo liegen also die langfristigen Wirtschaftlichkeitsreserven?

Man muss kein Verfechter eines Wettbewerbs nach US-amerikanischem Muster sein, aber mehr Wettbewerb und damit eine größere Politikferne täte unserem Gesundheitssystem schon gut. Dazu gehört eine stärker wettbewerblich und damit ergebnisorientierte Vergütung der Leistungserbringer genauso wie mehr Wahl- und Wechselmöglichkeiten für die Versicherten.

Unser „Leistungskatalog“ ist der opulenteste in ganz Europa und kann sicherlich, wenn man politisch will, eingeeignet werden. Versicherungsfremde Leistungen, Familienleistungen und auf lange Sicht die zahnmedizinische Versorgung gehören nicht zur Grundversorgung. Leider führt eine allzu verständliche politische Rationalität dazu, jedem Bürger alle Leistungen möglichst „kostenlos“ zur Verfügung zu stellen, um eine so genannte Zweiklassenmedizin zu vermeiden. Dabei benötigen wir angesichts der ganz unterschiedlichen Behandlungssituationen eine Vielklassenmedizin. Natürlich müssen Krankheiten, die die Existenz bedrohen, abgesichert sein. Allerdings sollte man auch wissen: Für mehr als eine Million Engländer in der Warte-

„Man muss kein Verfechter eines Wettbewerbs nach US-amerikanischem Muster sein, aber mehr Wettbewerb und damit eine größere Politikferne täte unserem Gesundheitssystem schon gut.“

schlange und für mehr als 44 Millionen Amerikaner ist eine solche Grundsicherung nicht gegeben, und in diesen Ländern wird nur selten von Zweiklassenmedizin gesprochen. Chronische Krankheiten gewinnen angesichts der demographischen Herausforderung an Bedeutung und sollten auch prioritär behandelt werden. Eine Erhöhung der Beiträge fällt bei der Lohnbezogenheit ihrer Erhebung immer schwerer, weil Deutschland angesichts der Lohnkosten im internationalen Wettbewerb immer weiter zurückfällt. Prämienzahlungen wären die bessere Lösung, d. h. die Abkoppelung von den Löhnen und Gehältern als Bemessungsgrundlage.

Könnte die Einschränkung des Leistungskatalogs „britische Verhältnisse“ bedeuten, d. h. dass selbst bestimmte lebensverlängernde Behandlungen gänzlich bzw. ab einem bestimmtem Alter nicht mehr von der GKV übernommen werden, weil sie zu teuer sind?

Britische Verhältnisse sehe ich nicht auf uns zukommen; für eine derartige Politik gibt es bei uns keine Unterstützung. Noch sind wir ein reicheres Land, das dementsprechend wohl auch mehr für die Krankenversicherung und die gesundheitliche Betreuung der Bevölkerung ausgeben kann. Besser wäre es, wenn Berlin seine Überkapazitäten zur Be-

handlung von Patienten in der Warteschlange zur Verfügung stellt. So wie jetzt Norweger in Schleswig-Holstein behandelt werden, ließe sich eine vergleichbare Situation für Engländer und andere Europäer in Berlin schaffen.

Brauchen wir auf lange Sicht eine völlige Umstrukturierung des Krankenversicherungssystems? Welches Modell erscheint am geeignetsten?

Ja, wir brauchen eine grundsätzliche Neustrukturierung der Absicherung von Krankheitsrisiken. Ich arbeite mit meinen Mitarbeitern an einem System mit Mindestversicherungspflicht für alle und Wahlmöglichkeiten für den Einzelnen. Die Mindestversicherung könnte auf hohem Niveau beginnen – etwa vergleichbar mit dem jetzigen „Leistungskatalog“ der GKV und würde Möglichkeiten der Zusatzversorgung über die individuellen Konsumausgaben und Zusatzversicherungen umfassen.

Wir lösen das System von seiner Lohnbindung und führen die jetzige GKV mit der Privaten Krankenversicherung zusammen. Mit der Trennung der beiden „Systeme“ kommen wir zu einer neuen Anbieterpluralität, die in einem privatrechtlichen Rechtsrahmen das bestehende Umlageverfahren sukzessive durch ein Kapitalbildungsverfahren ersetzt. Hierzu haben wir erste Berechnungen vorgelegt und gezeigt, dass ein solches Modell zumindest denkbar wäre. Über die nächsten Jahre käme es mehr und mehr zu der erforderlichen Privatisierung der GKV.

Das Gespräch führte Bettina Micka

Henke, K.-D., „Kapitalbildung auch im Gesundheitswesen auf dem Weg zu einer ordnungspolitischen Erneuerung der Krankenversicherung. Diskussionspapier zu Staat und Wirtschaft, Nr. 27, 2001, ISSN 1438-2598

Notwendigkeit des Erinnerns und Gedenkens

Rede des Präsidenten zur Enthüllung der Gedenktafel

(...) Die Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit ist der Technischen Universität Berlin ein wichtiges Anliegen. Dass unsere Universität sich der Aufgabe stellt, auch die dunklen Kapitel ihrer Geschichte kritisch aufzuarbeiten,

Projekt einer Gedenktafel entwickelt, die dauerhaft an dieses dunkle Kapitel und zugleich auf die Verpflichtung unserer Universität hinweisen soll, Lehre und Forschung innerhalb und für eine demokratische und humane Gesellschaft zu betreiben. Mein besonderer Dank geht an dieser Stelle an die Mitglieder der Arbeitsgruppe: an Herrn Vizepräsidenten Sahm, der die Arbeitsgruppe geleitet hat, die Kollegen Benz, Cramer, Koeppl, Rass und an Herrn Hünicke und Herrn Schwarz. Ohne sie gäbe es keine Gedenktafel. Wie viele Mitglieder der Hochschule aus Amt und Würden vertrieben

Frage kommen“, mit diskriminierenden Auskünften zu denunzieren und deren Lehrveranstaltungen zu boykottieren bzw. zu stören, fiel an der TH Berlin auf fruchtbaren Boden.

Viele erlitten das gleiche Schicksal aus rassistischen Gründen. Prominente Beispiele dafür sind Georg Schlesinger oder Gustav Hertz, der 1926 zusammen mit James Franck den Nobelpreis für Physik erhalten hatte. (...) So wurde im Wintersemester 1935/36 gemeldet, dass die „Säuberung der Hochschule von jüdischen Lehrern“ abgeschlossen sei. Aber auch nichtjüdische Kollegen mussten mit scharfen Sanktionen rechnen, wenn sie für ihre jüdischen Kollegen eintraten. (...) Die Technische Hochschule Berlin orientierte sich schnell an den neuen Richtlinien. Noch im März 1933 wollte Professor Krencker, Rektor der TH Berlin am Ende der Weimarer Republik, Professor Storm verhaften lassen, weil dieser auf dem TH-Gebäude die Hakenkreuzfahne hissen ließ. Mit dieser Haltung befand sich Krencker allerdings bald isoliert im Abseits, sodass genau dieser Professor

Georg Schlesinger war einer der jüdischen Wissenschaftler, die durch die Nationalsozialisten von der Technischen Hochschule Berlin vertrieben wurden



Ernst Storm als Rektor der TH Berlin (1938-42) am Ende seiner Amtszeit stolz sagen konnte: „Die Technische Hochschule Berlin galt schon vor der Machtübernahme als eine Hochburg des Nationalsozialismus unter den deutschen Hochschulen.“

(...) Die Verfolgung Andersdenkender innerhalb der Studierendenschaft beschränkte sich ebenfalls nicht auf politisch anders eingestellte, sondern auch jüdische Kommilitonen. Waren die jüdischen Studenten vor ihrem endgültigen Ausschluss zermürbenden Diskriminierungen seitens ihrer „arischen“ Kommilitonen ausgesetzt, so war ab dem Wintersemester 1935/36 der Ariernachweis Voraussetzung für die Immatrikulation. (...) Ich denke, diese Beispiele beleuchten schlagartig, woraus sich die Notwendigkeit des Erinnerns und des Gedenkens speist. Vielleicht werden Sie es etwas ungewöhnlich finden, dass die Enthüllung der Gedenktafel im Rahmen der Sitzung des Akademischen Senats stattfindet. Wir haben aber ganz bewusst diesen Zeitpunkt gewählt, um deutlich zu machen, dass wir das Erinnern und Mahnen an die demokratische Verantwortung für eine humane Gesellschaft als fundamentalen Teil des akademischen Lebens verstehen. (...)

➔ www.tu-berlin.de/press/tu01jul/aktuell_Rede.html



Prof. Dr. Hans-Jürgen Ewers im Gespräch mit Herrn Kanafi, 1. Sekretär der Israelischen Botschaft, und Frau Gallner, Leiterin der Volkshochschule der Jüdischen Gemeinde Berlin

haben die Enthüllung der Schlesinger-Gedenktafel und die 200-Jahrfeier unserer Universität vor zwei Jahren deutlich gemacht, um hier nur zwei Beispiele zu nennen. Die Ausstellung im Rahmen des Jubiläums hat dieses Bemühen eingehend dokumentiert, offene Diskussionen angestoßen und der universitätsinternen Auseinandersetzung wichtige Impulse vermittelt. Die Diskussionen zeigten zum einen sehr deutlich, dass in der Universität Konsens darüber herrscht, die Verantwortung, die sie aus den dunklen Kapiteln ergibt, zu übernehmen. Zum anderen entwickelte sich der Wunsch, die Erinnerung an alle diejenigen, die während des nationalsozialistischen Regimes von ihrer Hochschule vertrieben wurden, bleibend zu dokumentieren. Aus diesem Wunsch heraus hat sich das

wurden, lässt sich nicht mehr mit Sicherheit feststellen. Namentlich bekannt sind 94 Mitglieder des Lehrkörpers, also knapp ein Viertel bei einer Gesamtzahl von ca. 410 Professoren und Assistenten. Allerdings steht zu vermuten, dass einige der Hochschullehrer und Privatdozenten, die „freiwillig“ die TH Berlin verlassen haben, dazu massiv unter Druck gesetzt wurden.

Anderdenkende, insbesondere Republikaner, Marxisten und Pazifisten, wurden in ihrer Arbeit behindert und von der Hochschule ausgeschlossen. Die Aufforderung des Führers der Deutschen Studentenschaft, „sämtliche Hochschullehrer, deren wissenschaftliche Methode ihrer liberalen, insbesondere pazifistischen Einstellung entspricht, die daher für die Erziehung der deutschen Studenten im Staat nicht in



Die Gedenktafel wurde an prominenter Stelle vor dem Amtszimmer des Präsidenten im Hauptgebäude angebracht

Sind die Reformen in Gefahr?

Der Kanzler über „Das bisschen Haushalt ...“

Das Kuratorium, das grundsätzliche Angelegenheiten der Wirtschafts-, Finanz-, Personalwirtschafts- und Personalverwaltung der TU Berlin entscheidet, hat Ende Juni den Haushalt 2002 in Höhe von 340,1 Mio. Euro gebilligt. Der Jurist Wolfgang Bröker führt als Kanzler der TU Berlin die laufenden Geschäfte der Verwaltung und ist Beauftragter des Haushalts. TU intern befragte ihn zu Haushaltsproblemen und -perspektiven.



Wolfgang Bröker

Bisher ist absehbar, dass der TU Berlin im Jahr 2002 etwa 28 Millionen Mark im Haushalt fehlen werden. Wird es bei dieser Zahl bleiben?

Der Haushalt wird sich noch einmal deutlich verändern. Im September müssen wir Kassensturz machen und schauen, wie viele Stellen im Personalhaushalt eingespart werden konnten. Wir bauen im Moment noch Stellen ab. Deshalb wird das Defizit möglicherweise geringer ausfallen als 28 Millionen Mark. Aber es wird trotzdem noch sehr hoch sein.

budgetieren. Das heißt: Wenn in einer Fakultät eine Stelle frei bleibt, kann sie nicht das Geld nutzen, um z. B. einen Computer davon zu kaufen, sondern das schöpfe ich als Sparbeitrag ab, um das Defizit aufzufangen.

Welche Auswirkungen greifen schon heute wegen der Finanzknappheit?

Als Ergebnis des Sparzwangs sind bei uns nur 85 Prozent aller wissenschaftlichen Mitarbeiterstellen besetzt. Auch andere Stellen, z. B. beim technischen oder son-

enorm gestiegen. Das Verhältnis von Personal- zu Sachkosten liegt momentan bei 80 zu 20. Das ist ungünstig. Gut wäre ein Verhältnis von mindestens 75 zu 25.

Welche Aufgaben sind in nächster Zeit noch vordringlich zu bewältigen?

Die Verwaltungsreform muss zu Ende geführt werden. Dazu müssen wir die Instrumente, die wir zur Steuerung der Budgetierung brauchen, weiter entwickeln. Um zu sehen, wo Kosten entstehen und wo man sie einsparen kann, müssen wir die Kosten- und Leistungsrechnung vorantreiben. Verstärkt soll es in den nächsten Jahren auch um Personalentwicklung gehen. Wir wollen in Zukunft noch serviceorientierter arbeiten. Es wird dazu in Zukunft auch mehr unterstützende Maßnahmen für die einzelnen Mitarbeiter geben, die mit Kunden zu tun haben.

Welche Vorhaben konnten seit Ihrem offiziellen Amtsantritt 1999 bisher schon umgesetzt werden?

Zunächst haben wir die Verwaltungsreform voran getrieben. Wir haben neue Strukturen in der zentralen Universitätsverwaltung und viele neue Gesichter in leitenden Positionen mit neuen Ideen. Im EDV-Bereich konnten wir durch die Etablierung neuer Systeme viel bewegen. Ein Beispiel ist das neue Personalverwaltungssystem in der Personalabteilung. Damit können wir jetzt unsere Personalverwaltung völlig unabhängig vom Landesverwaltungsdurchführung.



Durch das Haushaltsloch wird das Fundament für die Budgetierung wacklig

Welche Konsequenzen haben die fehlenden Millionen?

Wir stehen – abgesehen von Wiederbesetzungs- und Ausstattungsproblemen – vor der Frage, ob wir unseren geplanten Reformkurs bei der finanziellen Situation der TU Berlin fortsetzen können. Dabei geht es vor allem um die beabsichtigte Übertragung der Finanzhoheit auf die neuen acht Fakultäten. Also eine Dezentralisierung der Mittelverantwortung im Rahmen der Budgetierung. Finanzhoheit heißt hier, dass die Dekane pauschal ein Budget für Sach- und Personalausgaben überwiesen bekommen und damit eigenständig arbeiten. Es wird bis zum Ende des Jahres, d. h. bis zur endgültigen Feststellung des Haushalts, zu prüfen und zu diskutieren sein, ob wir bei einem Defizit von 28 Mio. DM bei den Personalausgaben die Verantwortung auf die Fakultäten übertragen können. Die Lage wird voraussichtlich derartig schwierig werden, dass nur eine zentrale Steuerung der Mittelbewirtschaftung den erforderlichen Sparbeitrag erbringen kann.

Was bedeutet es, wenn die Finanzhoheit nicht übertragen werden kann?

Es bedeutet, dass wir zwar die Sachausgaben, aber nicht die Personalausgaben

tigen Personal, werden in der Regel nur aus dem Überhang besetzt bzw. für die Wiederbesetzung nicht zugelassen. Hinzu kommt, dass zahlreiche Professoren am Ende ihrer Dienstzeit angelangt sind, und wir müssen entsprechend der beschlossenen, bereits verkleinerten Soll-Struktur viele Fachgebiete neu besetzen. Aktuell sind ca. 70 Professuren nicht besetzt.

Geht man von einer durchschnittlichen Investitionssumme von 500 TDM pro Professor aus, so sind außerordentlich hohe Investitionen zu tätigen, für die wir bisher keine ausreichenden Mittel zur Verfügung haben. Wir hoffen in dieser Hinsicht auf den Abschluss der neuen Hochschulverträge für die Jahre 2003 bis 2005, in denen erhebliche Steigerungen bei den Investitionsmitteln gerade für Berufungen vorgesehen sind. Sollte man diese Lücken nicht adäquat schließen können, dann wird die Qualität von Lehre und Forschung sinken und unsere Attraktivität sowie Wettbewerbsfähigkeit erheblich eingeschränkt werden.

Wie haben sich die Personalkosten in den letzten zehn Jahren entwickelt?

1990 gab es noch 1000 Stellen mehr. Die Personalkosten sind allerdings, z. B. durch Tarifsteigerungen inzwischen

TU-Haushalt: Zahlen und Fakten für die nächsten Jahre

Kosten durch Personalüberhang:

2003	37,5 Mio. DM
2004	34,6 Mio. DM
2005	32,3 Mio. DM

Pensionslasten:

2001	52,3 Mio. DM
2002	54,6 Mio. DM
2003	56,4 Mio. DM
2004	58,4 Mio. DM
2005	60,4 Mio. DM

Zu besetzende Professuren:

(Jede Professur wird mit Investitionskosten von 500 000 DM veranschlagt. Dazu kommen dann noch Personalmitteil). Zurzeit sind bereits 70 Professuren vakant. Es werden noch frei:

2001	17 Soll-Professuren
2002	22 Soll-Professuren
2003	27 Soll-Professuren
2004	19 Soll-Professuren
2005	27 Soll-Professuren

Mehrbedarf für Geräteinvestitionen

(zusätzlich zu den bisherigen ca. 10 Mio. DM):

2002	9,1 Mio. DM
2003	17,9 Mio. DM
2004	23,4 Mio. DM
2005	17,7 Mio. DM

Landeszuschuss für investive Mittel:

2001	21 Mio. DM
2002	21 Mio. DM
2003–2005	je 36 Mio. DM

Love Parade

In oder out?



Thomas Wollenhaupt, Lebensmittelchemie, 6. Semester

Die Love Parade ist Kult. Deswegen sollte es sie auf alle Fälle weiter geben. Für Berlin bringt es auch was. Schließlich kommen Leute aus der ganzen Welt deswegen hierher. Natürlich ist das alles auch sehr kommerziell, aber was ist das nicht? Ich selbst gehe allerdings vor allem zu den Veranstaltungen, die danach laufen.



Sylvia Birnbaum, Wirtschaftsmathematik, 4. Semester

Ich denke, dass es für Berlin eine gute Repräsentation ist, ein guter Anlass für Leute, hierher zu kommen. Eine kommerzielle Veranstaltung war es in meinen Augen schon länger. Ich war zwar noch nie ein Fan dieser Musik, aber wenn so viele kommen, hat die Love Parade wohl noch ihre Berechtigung.



Jens Skarabis, Bauingenieurwesen, 14. Semester

Die Love Parade ist einfach ein großes Ereignis, wo man hingehet. Ich schaue es mir gerne an, obwohl ich selber nicht so der große Techno-Fan bin. Ob es eine Demo ist oder nicht, darüber habe ich mir noch keine Gedanken gemacht. Aus dem Bauch heraus würde ich sag, es sollte eine Demo sein, damit das Land Berlin die Kosten weiterhin übernimmt. Schließlich ist sie eine Attraktion für die Stadt. Natürlich kann man sich Gedanken darüber machen, ob sie weiterhin im Tiergarten stattfinden sollte. Andererseits hat sie dort schon Tradition.



Vivien Wolter, Lebensmitteltechnologie, 4. Semester

Mit Techno hab ich eigentlich nichts am Hut, aber ich denke, ein Demonstration war die Love Parade noch nie, weil keine politische Meinung rüberkommt. Deswegen sollen die Veranstalter sich auch selbst um den Müll kümmern, der entsteht. Für Berlin ist es sicher eine gute Veranstaltung, weil viele Leute herkommen und damit viel Geld.



Mathias Richtarsky, Mathematik, 5. Semester

Ich finde es richtig, dass es jetzt auch offiziell eine kommerzielle Veranstaltung ist. Schließlich wird damit eine Menge Geld gemacht. Die Love Parade wird es so lange geben, wie Leute hingehen, und bisher kamen immer noch sehr viele. Das Geld, das die Leute mitbringen, kann Berlin gut gebrauchen. Mir ist es dort allerdings zu voll.



Marcus Stolz, Soziologie/VWL, 11./8. Semester

Ich finde es gut, dass die Veranstalter jetzt zahlen müssen, denn mal ganz ehrlich: Wogegen demonstrieren sie denn eigentlich? Für Berlin bringt die Love Parade natürlich riesige Publicity und Kommerz. Die Debatte darüber, wo sie stattfinden soll, finde ich ein bisschen übertrieben. Für die Berliner selbst ist die Love Parade eigentlich nichts mehr, ist einfach schon zu groß. Ich selbst schaue zwar hin und wieder mal vorbei, aber mehr am Rande.



Anna M. Bauer, Musikwissenschaft, 1. Semester

Jetzt, wo der Veranstalter sich selbst um den Müll und so kümmern muss, bringt es vielleicht mehr für Berlin. Für die Love Parade interessiere ich mich aber eigentlich überhaupt nicht.



Heiko Mikat, Verkehrswesen, 2. Semester

Eigentlich ist es ja schon lange eine kommerzielle Veranstaltung. Und um den Müll sollen sich die Veranstalter ruhig selber kümmern. Es bringt eine Menge Geld nach Berlin und es macht Spaß. Insofern ist es gut, dass es die Love Parade gibt. Früher war es allerdings besser. Heutzutage kommen zu viele Idioten, die gar nichts mehr mit der eigentlichen Sache zu tun haben, und es wird auch zu viel Unsinn gemacht.



Claus Bachhaus, WiMi am Institut für Arbeitswissenschaften

Sicher ist es ein interessantes Event für Berlin. Ich werde wohl auch mal gucken gehen. Ich finde es gut, dass viele Leute in die Stadt kommen, und Berlin wird ja dadurch auch attraktiver. Da es aber eine kommerzielle Veranstaltung ist, halte ich es für richtig, dass es jetzt auch so deklariert wird.

Jahrestagung der Frauenbeauftragten

„Erfolgreich und unverzichtbar“

Unter dem Motto „Erfolgreich und unverzichtbar“ fand am 2. und 3. Juli die 11. Jahrestagung der Frauenbeauftragten an Berliner Hochschulen (LaKoF) in der TU Berlin statt. Sie stand in diesem Jahr ganz im Zeichen der Bilanz der zehnjährigen Arbeit der LaKoF. In ihrer Begrüßung wies die Sprecherin der LaKoF, Heidi Degethoff de Campos, daraufhin, dass die LaKoF von Beginn an bemüht war, frauen- und hochschulpolitische Entscheidungen und Maßnahmen nicht nur zu begleiten, sondern mit zu gestalten.

TU-Präsident, Prof. Ewers, betonte ausdrücklich die Notwendigkeit der Frauenförderung und wünschte sich zukünftig mehr Kooperation mit der LaKoF, weil,

wie er sagte, „Männer im Prinzip doch Einsicht gezeigt haben“.

Anlässlich des Jubiläums fand ein Festakt mit anschließendem Empfang statt. Festrednerin war Prof. Dr. Jutta Limbach, Präsidentin des Bundesverfassungsgerichtes, die in ihrem Vortrag die Aufgaben dieses schwierigen Amtes würdigte. Die Frauenbeauftragte sagte, „ein Inbegriff von Widersprüchen“, für die „Optimismus Kür und Pflicht“ zugleich sei. „Denn die Gleichstellung verwirklicht sich nicht von selbst. Auch dann nicht, wenn sie gesetzlich zum Auftrag des Staates erklärt worden ist.“ Die neue Senatorin für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Adrienne Goehler, war ebenfalls der Auffassung, dass zu-

mindest mittelfristig die Arbeit von Frauenbeauftragten in Hochschulen unverzichtbar sei, und versicherte den Anwesenden ihre Unterstützung und Offenheit in Bezug auf eventuelle Probleme.

Ingeborg Junge-Reyer, die für Frauen zuständige Staatssekretärin aus der Senatsverwaltung für Arbeit, Frauen und Soziales, konnte in ihrer Rede auf eine Reihe von Erfolgen verweisen, die von der LaKoF mit Unterstützung der Frauensensorin erreicht wurden: angefangen bei der Entwicklung des § 59 (Frauenbeauftragte) ins Berliner Hochschulgesetz bis zur Aufnahme der Gleichstellungsaufgabe in die Hochschulverträge und in die leistungsorientierte Mittelverteilung.

Heidi Degethoff de Campos

Gute Stimmung beim Kopieren

Auszubildende an der TU Berlin wurden befragt

SPRECHSTUNDEN /tui/ Die Sprechstunden der Arbeitsgruppe Hochschulzugang des Akademischen Auslandsamtes fallen in der Zeit vom 17. 7. bis 10. 8. 2001 aus.

LOVE PARADE /tui/ Ab Freitag, dem 20. 7. 2001, 22 Uhr, bis Sonntag vormittag sind alle TU-Gebäude im City-Bereich geschlossen, ab Freitag 16 Uhr sind außerdem alle Zufahrten geschlossen. Fahrzeuge sind bis zu diesem Zeitpunkt vom TU-Gelände zu entfernen. Andernfalls kann man erst wieder ab Montag, dem 23. 7. über sein Fahrzeug verfügen. Diese Maßnahmen sind wegen der Love Parade zur Sicherheit der TU Berlin notwendig.

PERSONALRATSWAHL /tui/ Die Wahl zum Personalrat der studentischen Beschäftigten fand vom 25. bis 29. Juni 2001 statt. Wahlberechtigt waren 1532 Personen. Die Wahlbeteiligung lag bei 10,7 Prozent. Die Wahl wurde als Mehrheitswahl durchgeführt, da nur ein Wahlvorschlag eingereicht wurde. Gewählt wurden (Stimmen in Klammern): Angela Büchler (110), Michael Thoma (105), Karin Hille (104), Martina Wanke (102), Rüdiger Schalla (95), Matthias Wenninger (94), Michael Pleßner (92), Anika König (91), Sabine Buß (89), Diana Jahandarlashki (87), André Morawski (84), Carola Arndt (76), Claudia Sommer (68), Stimmen-gleich (und durch Los entschieden) als Nachrücker Kai Müller-Horn (68), Fadi Diab (31).

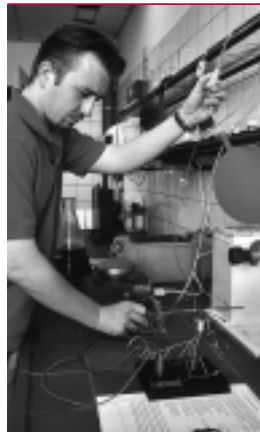
SELBSTSTÄNDIGKEIT /tui/ Nach einer Studie des Hochschul-Information-Systems GmbH HIS haben Hochschulabsolventen in den letzten zehn Jahren verstärkt eigene Unternehmen gegründet. Besonders aktiv waren dabei Architekten und Juristen, gefolgt von Psychologen und Magisterabsolventen. Absolventen technischer Studiengänge gehen den Schritt in die Selbstständigkeit oft später. Frühe Selbstständigkeit geht häufig parallel mit weiteren Erwerbsformen oder dem Studium. Selbstständige Absolventen haben daher durchschnittlich länger studiert und gehören nicht zur Leistungsspitze.

HOCHSCHULBINDUNG /tui/ Einer Studie des Lehrstuhls Marketing I: Markt und Konsum an der Universität Hannover in Zusammenarbeit mit dem Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) ist es gelungen, die Determinanten der Hochschulbindung zu beschreiben und ein Grundkonzept für ein Hochschulbindungsmanagement zu entwickeln. Entscheidender Faktor für eine dauerhafte Bindung ist die Qualität der Lehre. Eine entwickelte Typologie von Exmatrikulierten gibt Hinweise für die Alumni-Arbeit.

JUNIORPROFESSUREN /tui/ Deutsche Universitäten können sich seit Juli beim BMBF um Fördermittel für die Einrichtung von Juniorprofessuren bewerben. Der Bund stellt dafür noch in diesem Jahr zwölf Millionen Mark zur Verfügung. Nach Inkrafttreten der Dienstrechtsreform im nächsten Jahr werden insgesamt 3000 Juniorprofessuren mit 360 Millionen Mark gefördert. Die Universitäten sind aufgerufen, ein Gesamtkonzept für die Einführung der Juniorprofessuren zu erarbeiten und beim BMBF zur Förderung einzureichen. Förderfähig sind Nachwuchswissenschaftler, deren Promotion nicht länger als fünf Jahre zurück liegt und die seitdem weitere wissenschaftliche Leistungen erbracht haben.

ETHIKRAT /tui/ Im Juni hat sich der Nationale Ethikrat konstituiert. Zum Vorsitzenden wurde Prof. Dr. Spiros Simitis (Universität Frankfurt/Main) gewählt. Zu stellvertretenden Vorsitzenden wurden Prof. Dr. Dr. Eckhard Nagel (Universität Bayreuth/Klinikum Augsburg) und Prof. Dr. Regine Kolkle (Universität Hamburg) gewählt.

Die Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) und der Personalrat haben mit Unterstützung des Kanzlers Ende 2000 eine Fragebogenaktion durchgeführt. Befragt wurden alle Auszubildenden und Ausbilder der TU Berlin. Die Beteiligung bei den Ausbildern lag bei 100 Prozent, bei den Auszubildenden leider nur bei 21 Prozent. Deswegen sind die Ergebnisse nicht repräsentativ.



Andreas Jobst, hier bei Messungen an einer Brennstoffzelle, erlernt im 2. Ausbildungsjahr den Beruf des Mikrotechnologen. Fachrichtung Systemintegration. Er möchte später einmal in der Forschung und Entwicklung arbeiten. Die Berufschancen sind hervorragend

Vor allem die Auszubildenden der Verwaltungsberufe haben sich in großer Zahl beteiligt. Aufgeschlüsselt nach Ausbildungsjahren war das zweite Ausbildungsjahr „Hauptantworter“. Die Frauen haben sich mit einem Anteil von 57 Prozent mehr beteiligt als die Männer. 84 Prozent gaben an, einen betrieblichen Ausbildungsrahmenplan zu haben. Bei den anderen ist ein Rahmenplan von uns eingefordert worden. Besonders negativ fiel auf, dass 36 Prozent der Auszubildenden häufig ausbildungsfremde Tätigkeiten ausführen müssen wie Kopieren, Putzen, Getränke



Kornelia Tietze und Stefan Kranz haben sehr gute Aussichten, später von der Universität übernommen zu werden, denn es besteht ein starker Bedarf an Personal mit ihrer Ausbildung: Fachangestellte für Bürokommunikation und Verwaltungsfachangestellter



Alexander Schumann (r.) und Andreas Ludwig lernen im 1. Jahr den Beruf des Industriemechanikers. Alexander könnte sich eine Tätigkeit in der Luft- und Raumfahrtforschung vorstellen, Andreas möchte Fluggerätekunde bei der Bundeswehr werden



Anke Spantig (1. Ausbildungsjahr) absolviert eine Ausbildung als Mikrotechnologin. Danach möchte sie entweder studieren oder sich zum Meister qualifizieren. Die Berufsaussichten in ihrer Branche sind sehr gut



Florian Fahrentz (r.) und Markus Worm lassen sich an der TU Berlin zum Mikrotechnologen-Mechatroniker ausbilden. Ihre Pläne nach Abschluss der Ausbildung: Fachabitur machen und studieren

tragen, Geburtstage vorbereiten oder Büros umräumen. Ein weiteres Problem ist, dass die Sicherheitsschuhe für die Auszubildenden an den entsprechenden Arbeitsplätzen oft fehlen. Erstaunlich ist, dass 50 Prozent der Meinung waren, eine Arbeitskraft zu ersetzen.

Ein Großteil der Azubis sagte, dass sie in den Praxisstellen gut betreut wurden. In den Fällen, in denen das nicht der Fall war, wurden die Inkompetenz der Ausbilder, Zeitmangel, fehlende Betreuung und unbeantwortete Fragen als Mängel genannt. Als Hauptansprechpartner haben die Auszubildenden die JAV angegeben. Auch die Ausbilder und Ausbilderinnen und der Personalrat wurden sehr häufig genannt. 30 von 32 Auszubildenden beurteilten die Lernatmosphäre in der Ausbildung als gut. Das Verhältnis unter den Auszubildenden wurde von fast allen als gut bis sehr gut empfunden. Viele Auszubildende gaben an, nicht zu wissen, ob sie nach dem Abschluss in ein Arbeitsverhältnis an die TU Berlin übernommen werden. 42 Prozent der Ausbilder sind der Meinung, dass sie zu wenig Zeit für die Ausbildung haben. Die Jugend- und Auszubildendenvertretung

An der TU kann man was werden...

Zum September gibt es an der TU Berlin 46 Ausbildungsplätze, die bereits alle besetzt sind. „Trotzdem ist die Situation noch nicht ganz hoffnungslos für Interessenten. Es kommt immer wieder vor, dass angenommenen Bewerber kurzfristig abspringen“, weiß Rudolf Rapp, Leiter der Ausbildung. Für die Ausbildungsplätze gab es diesmal etwa 3300 Bewerbungen. Die nächste Bewerbungsrunde startet am 3. September 2001 (für September 2002). Wieder sind 46 Plätze zu vergeben, denn bisher blieb das Ausbildungsbudget von Kürzungen verschont.

Die Übernahmequote in den Verwaltungsberufen liegt bei 100 Prozent. Wegen des Überhangs bei den technisch-gewerblichen Berufen werden in diesem Bereich nur ca. zehn Prozent der Auszubildenden von der TU Berlin selbst übernommen. Allerdings besteht ein Ausbildungsverbund mit mehreren kleineren und mittleren Betrieben und vier wissenschaftlichen Einrichtungen. Hier werden weitere 40 Prozent übernommen. Etwa 20 Prozent der technisch-gewerblichen Auszubildenden treten eine weiterführende Ausbildung an. Das Angebot an Ausbildungsberufen passt die TU natürlich den internen und externen Arbeitsmarkt-Erfordernissen an. „Wir sind dabei, unser Ausbildungsangebot in den herkömmlichen Berufen zurückzuführen und dafür neue einzuführen“, erklärt Rudolf Rapp. Auf Initiative und unter maßgeblicher Beteiligung an der Planung wurde sogar ein neuer Ausbildungsberuf eingeführt, der des Mikrotechnologen. Die TU Berlin ist außerdem, vertreten durch Rudolf Rapp, an der Neuordnung der Ausbildung in den industriellen Elektroberufen beteiligt. *bm*

Kontakt:
Frau Mankiewicz Tel.: 314-2 53 54 oder
Frau Hinz Tel.: 314-2 53 55

Aktuelle Ausbildungsberufe

- Verwaltungsfachangestellte(r)
- Informationskaufmann/-frau
- Fachangestellte(r) für Medien- und Informationsdienste
- Chemielaborant(in)
- Mikrotechnologe(in)
- Industriemechaniker(in)
- Mechatroniker(in)
- IT-Systemelektroniker(in)
- Elektroinstallateur(in)
- Tischler(in)
- Metallbauer(in)
- Biologielaborant(in)
- Mediengestalter(in) für Digital- und Printmedien

Die Ausbildungsdauer liegt zwischen 3 und 3 1/2 Jahren.

Suchthelferausbildung: Gesucht und gefunden!

Vor ca. einem Jahr haben wir an dieser Stelle engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gesucht, die sich für eine Ausbildung zur Suchtkrankenhelferin bzw. zum Suchtkrankenhelfer zur Verfügung stellen würden. Frau Annette Albrecht von der Geschäftsstelle des Personalrats der studentischen Beschäftigten hat die Ausbildung im Herbst 2000 begonnen und inzwischen abgeschlossen.

„Ich fühle mich durch diesen Aufruf angesprochen, denn auch an meinem Arbeitsplatz bin ich schon mit dem Problem Alkohol konfrontiert worden. Seit vielen Jahren arbeite ich an der TU Berlin und weiß, dass dieses Problem in allen Beschäftigtengruppen auftritt. Durch die nebenamtliche Arbeit als Suchtkrankenhelferin möchte ich mit dazu beitragen, dass Probleme, die durch Alkoholkonsum auftreten können, offen angesprochen werden und die Betroffenen Hilfe vor Ort erhalten. Ich bin grundsätzlich interessiert am Kontakt mit Menschen. Seit Jahren arbeite ich ehrenamtlich und habe



Annette Albrecht

mich während dieser Zeit kontinuierlich fortgebildet. Wichtig ist auch, den kritischen Blick auf sich selbst nicht zu verlieren. Die Ausbildung zur Suchtkrankenhelferin war zum Teil anstrengend, vor allem aber sehr interessant und hat viel Spaß gemacht. Auf jeden Fall hat sie mir einen anderen Blick auf Menschen, die Probleme mit dem Alkohol haben, eröffnet. Das empfinde ich als Bereicherung. Ich möchte daher noch mehr Kolleginnen und Kollegen ermutigen, ebenfalls diese Ausbildung zu absolvieren.“ *tui*

Wir zeigen Ihnen Wege aus dem Teufelskreis der Abhängigkeitserkrankung!

Sie möchten sich über Sucht-, insbesondere über Alkoholprobleme erkundigen? Innerhalb der Familie, der Partnerschaft gibt es Schwierigkeiten? Sie möchten mehr wissen über die Alkoholkrankheit? Sie brauchen Hilfe – wissen aber nicht wie? Lassen Sie sich beraten! Wir sind nebenamtliche Suchtkrankenhelfer und -helferinnen der TU Berlin.

Rufen Sie uns an und wir vereinbaren einen Gesprächstermin! Zur Verschwiegenheit sind wir verpflichtet!

Annette Albrecht	TutPers/Geschäftsstelle	☎ 314-2 17 24
Ingeborg Kollem	Sekr. IV A 11	☎ 314-2 34 90
Peter Malchow	Sekr. EB 13	☎ 314-2 29 37
Jürgen Malinowski	Sekr. FT 5	☎ 314-2 38 22
Gerhard Pruskil	Sekr. PN 2-3	☎ 314-2 28 48
Dr. Hildegard Schnieders	UB/Abt. Germ.	☎ 314-2 33 85/-2 32 01
Anke Becker-Seyd		(z. Zt. Freigestelltes Personalratsmitglied, daher vorübergehend keine Tätigkeit als Suchtkrankenhelferin)

Für Gespräche stehen außerdem zur Verfügung:		
Dr. Sabine Berten	Betriebsärztin	☎ 314-2 50 80
Ralf Herferdt	Betriebsarzt	☎ 314-2 50 80
Edith Schröter	Sozialarbeiterin	☎ 314-2 40 91

Die TU Berlin möchte gerne weitere Suchtkrankenhelfer/innen ausbilden lassen.

Eine urbane Denkfabrik in Berlin

Fakultät Architektur Umwelt Gesellschaft lud zum 1. Fakultätstag ein

Mit dem Titel „Dialog und Kooperation mit Stadt und Region“ war der erste Fakultätstag der neuen Fakultät VII „Architektur Umwelt Gesellschaft“ der TU Berlin überschrieben. Fragen und Erwartungen an die neue Fakultät sowie Projekte für Stadt und Region standen am Freitag, dem 6. Juli, auch folgerichtig auf dem Programm. „Wir sind ein Mammutunternehmen“, eröffnete der Dekan, Prof. Dr. Rudolf Schäfer, seinen Vortrag über die „Neue“. Mit acht Instituten, 51 Professuren, von denen 13 nicht besetzt seien, 21 außerplanmäßigen Honorarprofessuren, 180 wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und 84 im technischen sowie Verwaltungsbereich belegen dies. In ihr sind die Fachgebiete und Institute der Architektur, der Landschaftsarchitektur, der Stadt- und Regionalplanung, der Sozialwissenschaften sowie der Ökologie und Biologie mit insgesamt sechs Studiengängen zusammengefasst. Die Aufbaustudiengänge Denkmalpflege sowie Public Health gehören dazu, und zwei postgraduale Studiengänge befinden sich im Aufbau. Das Arbeitsprogramm, das sich die neue Fakultät erstellt hat, umfasst für die ersten zwei Jahre neben kürzeren Studienzeiten auch die Einführung von Creditpoints und von Bachelor- oder Masterstudiengängen.

Im nationalen Kontext, so der Dekan weiter, sei die Fakultät VII damit eine der größten und in ihrer Themenstruktur die am breitesten angelegte Ausbildungsstätte mit der Technozsoziologie als Exot im Kanon. Ziel der Neustrukturierung – die Fakultät VII ist aus dem Fachbereich 7 Umwelt und Gesellschaft und dem Fachbereich 8



Architektur am 1. April 2001 entstanden – ist es, Architektur und Planungswissenschaften einschließlich ihrer sozialwissenschaftlichen und ökologischen Grundlagen zu einer neuen Qualität der Kooperation und Lehre zusammenzuführen. Von Zusammenarbeit war auf diesem ersten Fakultätstag dann auch viel zu spüren. Vertreter von Berliner Senatsverwaltungen, Kooperationspartner aus Kammern, Berufsverbänden und der Lokalpolitik sowie Kolleginnen und Kollegen aus anderen Hochschulen waren als Zuhörer oder Vortragende geladen.

Im Plenarteil zog Peter Strieder, Senator für Stadtentwicklung (mit den weiteren Ressorts Bauen, Wohnen, Umweltschutz und Verkehr) und SPD-Landesvorsitzender in Berlin, die Parallelen zwischen seiner Verwaltung und der neuen Struktur der Fakultät. Er hob den interdisziplinären Charakter beider Organisationsformen hervor und zeigte Kooperations Themen zwischen Politik und „Urbane Denkfabrik“ auf: Diese reichen von der Typologie des Wohnens über die demografische Entwicklung bis hin zur aktuellen Problematik, dass zunehmend der Trend zu Singlewohnungen in Berlin zu verzeichnen ist und wie man darauf reagieren könne. „Stadt des Wissens – Wissen in der Stadt: Das Projekt TU – 2010“, „Die Berlin-Studie – Folgen für die Arbeit der neuen Fakultät“ oder „Stadtökologische Perspektiven einer Metropolregion“ waren u. a. die Themen, die auf der Agenda des Abends standen und gleichzeitig die wissenschaftliche Vernetzung mit der Region aufzeigten. Ein gelungener Auftakt, der zum Nachahmen anregt. *Stefanie Terp*

Stadt des Wissens – Wissen in der Stadt

Kultur und Wissenschaft, so heißt es immer wieder, seien die prächtigen Pfunde Berlins in der Zukunft. So können wir in den Richtlinien des rot-grünen Übergangssensats lesen: „Die Stadt des Wissens weiter ausbauen“.

Ganz sicher war man sich allerdings doch nicht, wie es mit der Zukunft der Stadt bestellt sei, nachdem die Prognosen der frühen 90er Jahre – vorsichtig gesagt – etwas daneben lagen. Und so hat die Stadt eine Zukunftsstudie in Auftrag gegeben, die Berlin-Studie. Auch diese Studie bestätigt: Berlin soll und wird eine Stadt der Kultur und des Wissens sein.

Was heißt das für die TU Berlin? Natürlich ist die TU Berlin bereits vorbildlich offen gegenüber der Stadt, aber das kann nur der Ausgangspunkt sein, der Ausgang für weitere Überlegungen. Öffnung, das heißt Präsentation und Diskussion des generierten Wissens in der städtischen Öffentlichkeit.

Wo finden an der TU Berlin z. B. öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen der Wissens-Vermittlung und der Wissens-Debatte statt? Es fallen sofort drei wichtige Gebäude ein: das Mathematikgebäude, das Hauptgebäude und das Architekturgebäude. Hier stellt sich aber gleich eine weitere Frage: Wie präsentiert sich die TU Berlin in der Stadt? Das

Bild der Technischen Universität heute ist etwas verstaubt. Ausdruck des Gestaltungswillens vor allem der 50er und 60er Jahre, dem später die Kraft entschwunden ist, sich zu erneuern. Das gilt nicht nur, aber vor allem für den bedeutendsten Stadtraum der TU Berlin: den Abschnitt der Straße des 17. Juni zwischen Charlottenburger Tor und Ernst-Reuter-Platz. Wer erkennt schon als Ortsfremder, dass er sich hier im Herzen einer der größten Universitäten Europas befindet? Der stadträumliche Zustand der TU Berlin ist nach außen wie innen reformbedürftig.

Was aber tun in einer Universität, die all ihre Kräfte auf die Reform der Institutionen und ins Sparen konzentriert muss? Soll die notwendige weitere Öffnung und gestalterische Erneuerung der TU Berlin auf eine bessere Zukunft verschoben werden? Wir wissen alle, dass das nicht der Königsweg ist. Wir haben schlummernde Ressourcen an der TU Berlin, die für die Erarbeitung einer solchen Konzeption mobilisiert werden können.

Wohin eine solche Konzeption gehen könnte, kann ich hier nur andeuten – und zwar auf der stadtplanerischen und gestalterischen Ebene. Tatsächlich sind ja schon viele Vorschläge unterbreitet worden, sie müssen allerdings verdichtet werden in einer Art TU-Studie, einer

BerlinStudie im Kleinen. Solche Vorschläge betreffen etwa die Umgestaltung der Straße des 17. Juni zwischen Stamm- und Nordgelände zu einem Universitätsforum, auf dem der ruhende Verkehr drastisch eingeschränkt werden muss. Zur Diskussion gestellt werden muss auch der Namen des U-Bahnhofes Ernst-Reuter-Platz, der – wie in anderen Städten auch – erweitert werden könnte, zu einem U-Bahnhof Ernst-Reuter-Platz/Technische Universität Berlin.

Verändert wird bereits unser Architekturgebäude hier, das bald ein modernes, allen Erfordernissen genügendes Ausstellungsforum erhalten wird. Damit kann die Außenwirkung dieses Gebäudes weiter gesteigert werden, hin zu einem Architektur- und Städtebauforum, das das Bild der TU Berlin in der Öffentlichkeit wesentlich prägt. Von herausragender Bedeutung ist ohne jeden Zweifel der Neubau der Universitätsbibliothek. Mit diesem Neubau wird der westliche Eingangsbereich in das Stammgelände neu gestaltet. Die Bibliothek kann zu einem Motor der Neubestimmung des Verhältnisses zwischen der TU Berlin und der Stadt werden. Welchen Beitrag kann unsere neue Fakultät leisten? Unsere Fakultät beheimatet Wissenschaftsfelder, die zu einer Erneuerung der Universität konzeptionelle Beiträge liefern können. Das betrifft vor allem die gestalterische Dimension, die bauliche und freiräumliche, aber auch die ökologische und soziale Dimension. Aber auch andere Fakultäten sind gefragt. Ich erwähne nur die Stichwörter Stadt-Marketing und neue Finanzierungsformen. Was wir an unserer Fakultät leisten können, ist eine breitere gestalterische Debatte und entwerfliche Vorarbeit. Dafür bedarf es allerdings eines programmatischen und institutionellen Projektes, das man vielleicht TU Berlin 2010 nennen könnte.

Prof. Dr. Harald Bodenschatz

BerlinStudie



Die in diesem Sommer in unserer Veranstaltungreihe vorgestellte und diskutierte BerlinStudie wurde initiiert und kofinanziert von der EU-Kommission und bildet, wenn man so will, die Grundstruktur eines Managementhandbuchs für die Berliner Entwicklungspolitik.

DIE BERLINSTUDIE IM ÜBERBLICK
An der 196-seitigen BerlinStudie haben über 20 Wissenschaftler gearbeitet.

- ◆ Die Ziele:
Wettbewerbsfähig aus eigener Kraft;
Offen und sozial gerecht
Ökologisch attraktiv und verantwortungsvoll
- ◆ Die Ressourcen:
Stadt des Wissens
Ost und West zugleich
- ◆ Der Weg:
zivilgesellschaftlich verfasst
werden 3 Strategien formuliert:
Berlins Wissensbasis stärken
Querbezüge und Problemverflechtungen
- ◆ Kooperativer Staat
Diese Leitlinien werden wieder in 4 Handlungsfelder übersetzt:

- Austauschbeziehungen
- Wettbewerbsfähigkeit und Arbeit
- Soziale Kohäsion
- Metropolenraum im Gleichgewicht

Diese Handlungsfelder wiederum werden in 13 Maßnahmenbereiche aufgeteilt. Damit wird erreicht, dass die einzelnen Handlungsfelder nicht einfach einzelnen Verwaltungsressorts zugeordnet werden können. Wenn man den Grundansatz der BerlinStudie verwirklichen wollte, dann würde und wird das nur funktionieren, wenn die einzelnen Ressorts a) mit- und untereinander kommunizieren und b) die handelnden Akteure und Betroffenen vor Ort in die Planungs- und Entscheidungsprozesse mit einbezogen werden.

BERLINSTUDIE UND FORSCHUNGSKONZEPT DER NEUEN FAKULTÄT VII
Die sich zurzeit in Berlin bietende Möglichkeit eines substanzuellen Politikwechsels, theoretisch-konzeptionell unterfüttert u. a. durch die BerlinStudie, machte es erforderlich, dass sich die verschiedenen Institute der Fakultät VII kritisch mit diesem Politikwechsel in Berlin auseinandersetzen und exemplarisch vorführen, was die größte wissenschaftsinterne Herausforderung dieses Wandels ist:

1. Das eigene Fachgebiet hinsichtlich seiner theoretischen und praktischen Potenziale zur Unterstützung und Ausgestaltung des Wandels zu überprüfen.
2. Entsprechende Forschungs- und Arbeitsvorhaben zu entwickeln und
3. diese Ergebnisse innerhalb der Fachgebiete und Institute auch zu diskutieren.

Prof. Dr. Jochen Hanisch



Beispiel für ökologisches Bauen: Niedrigenergiehaus der GSW in Berlin-Kreuzberg

Forschungsschwerpunkt Schinkel-Zentrum

Das Schinkelzentrum gehört zu den Forschungsschwerpunkten der TU Berlin. Es sieht sich in der Tradition der über lange Zeit von Karl Friedrich Schinkel geführten Bauakademie. Die Bauakademie verband das Streben nach qualitativem zeitgenössischer Architektur, innovativem Konstruieren und der Erhaltung historischer Bausubstanz in Lehre und Forschung. Nach der öffentlichen Proklamation ist die Geschäftsstelle seit dem 1. März 2001 weitgehend aktionsfähig.

Neben der Grundsatzforschung zu den Kerngebieten des Forschungsschwerpunkts spielt der Beitrag zur aktuellen Diskussion über Berliner Themen des Architekturschaffens eine wesentliche Rolle. Viele Aktivitäten sind so angelegt, dass Studienprojekte in die Forschungsarbeit einbezogen werden können.

Die bearbeiteten Themen sind in allen Bereichen angesiedelt. Karl Friedrich Schinkel wird als Architektur- und

Kunsttheoretiker behandelt. Das Werk von Ludwig Mies van der Rohe als erklärter Nachfolger von Schinkel wird mit Forschungen zur Villa Mosler in Neubabelsberg, einer Tagung zu Fragen der Restaurierung von Mies-Bauten und Lehrveranstaltungen – teils in Zusammenarbeit mit dem Museum of Modern Art in New York und der Stiftung Museen Preussischer Kulturbesitz – ein Schwerpunkt der Arbeiten im Winter 2001/2002 sein.

Die Plansammlung der TU Berlin, eine der bedeutendsten Sammlungen ihrer Art in Deutschland, wird erschlossen und der Fachöffentlichkeit zugänglich gemacht. Dazu werden innovative Techniken entwickelt. Aus den Beständen sollen in regelmäßiger Folge Ausstellungen erarbeitet und gezeigt werden. Die Diskussion zum Planwerk Innenstadt und damit zur Neugestaltung des Berliner Stadtbilds wird in enger Zusammenarbeit mit dem Senat wesentlich beeinflusst. Fragen des

modernen und zeitgenössischen Städtebaus werden in Berlin, Moskau und an zahlreichen anderen Orten durchgeführt. Die laufende Diskussion über die Planungen auf der Museumsinsel wird in Zusammenarbeit mit der Stiftung Museen Preussischer Kulturbesitz durch zahlreiche Veranstaltungen und Forschungsbeiträge begleitet und gefördert. Kolloquien zu den aktuellen Planungen stellen die Entwurfskonzepte vor. Eine Ausstellung zur Baugeschichte der Museumsinsel ist in Vorbereitung.

In unterschiedlichen Projekten werden Gedankenstätten für die Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft untersucht, vorbereitet und gestaltet (Ravensbrück, Sachsenhausen u. a.). Das Schinkel-Zentrum arbeitet in enger Verbindung mit dem Graduiertenkolleg Kunstwissenschaft – Bauforschung – Denkmalpflege und dem Aufbaustudium Denkmalpflege.

Prof. Dr.-Ing. Johannes Cramer

CHECKLISTE /tu/ Die Kommission für Lehre und Studium (LSK) der TU Berlin hat eine Checkliste zur Bearbeitung von Studien- und Prüfungsordnungen für Bachelor- und Masterstudiengänge vorgelegt.
➔ www.tu-berlin.de/presse/tu/01jul/lsk.html

AUSSERUNIVERSITÄRE FORSCHUNG /tu/ Die Bund-Länder-Kommission hat nach einer ersten Diskussion der Evaluationsergebnisse zur außeruniversitären Forschung in Deutschland fünf Schlussfolgerungen gezogen: 1. Das deutsche Wissenschaftssystem hat sich bewährt. 2. Die Wissenschaftseinrichtungen sollen sich auf leistungsstarke Bereiche konzentrieren. 3. Vernetzung und Internationalisierung müssen vorangetrieben werden. 4. Wettbewerb und Kooperation innerhalb des deutschen Wissenschaftssystems müssen vorangetrieben werden. 5. Das deutsche Wissenschaftssystem muss flexibler werden. Bund und Länder haben deshalb beschlossen, alle DFG-Programme ab 2002 in einer einheitlichen Zuwendung zu finanzieren.
➔ www.blk-bonn.de

HOCHSCHULREKTORENKONFERENZ /tu/ Die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) hat in ihrer Sitzung am 3. Juli in Berlin drei neue Vizepräsidenten gewählt: Prof. Dr. Dr. Stefan Hornmuth, Präsident der Justus-Liebig-Universität Gießen (Ressort internationale Angelegenheiten), Prof. Dr. Achim Mehlhorn, Rektor der Technischen Universität Dresden, (Ressort Studien- und Prüfungswesen, Schule/Hochschule) und Prof. Dr. Margret Wintermantel, Präsidentin der Universität des Saarlandes (Ressort Forschung und wissenschaftlicher Nachwuchs). Außerdem nahm das Plenum die Private Universität Witten/Herdecke sowie die Hochschule für Graphik und Buchkunst Leipzig als neue Mitglieder auf.

OECD-BERICHT /tu/ Nur 16 Prozent der jungen Erwachsenen eines Jahrgangs schließen in Deutschland ein Hochschulstudium ab. Das geht aus dem Bildungsbericht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hervor. Im Durchschnitt der OECD-Länder sind es 25 Prozent. Deutschland liegt damit im unteren Mittelfeld.
➔ www.bmbf.de

INTERNATIONALE KARRIEREN /tu/ Zur Auftaktveranstaltung der konzentrierten Aktion „Internationales Marketing für Bildungs- und Forschungsstandort Deutschland“ sprach sich Edelgard Bulmahn, Bundesministerin für Bildung und Forschung, nachdrücklich dafür aus, Deutschland für ausländische Studierende und Wissenschaftler attraktiv zu machen. Auf der Veranstaltung trafen sich Ende Juni in Berlin Vertreter aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft. Ziel der Konzentrierten Aktion ist es, mit gezieltem Marketing „Studieren und Forschen in Deutschland“ zu einem weltweit konkurrenzfähigen Markenartikel werden zu lassen. Ein wichtiges Ergebnis der ersten Sitzung der Konzentrierten Aktion sind die „Leitlinien zur Internationalisierung der Berufung an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen“.

STUDIENNEIGUNG /tu/ Die Studienneigung unter den studienberechtigten Schulabgängern hat ihre Talsohle erreicht – das ergab eine vom BMBF geforderte Studie der HIS Hochschul-Informationssysteme GmbH Hannover. In den 90er Jahren ist der Anteil der Studienanfänger kontinuierlich und beschleunigt zurückgegangen. 1999 hat er sich mit 65 Prozent auf dem Niveau von 1996 stabilisiert. In den neuen Bundesländern ist die Studienaufnahmequote in diesem Zeitraum sogar gestiegen.
➔ www.his.de

SCHÜLERINNEN&SCHÜLER-TECHNIKTAGE

/tui/ Die Schülerinnen&Schüler-Technik-Tage an der TU Berlin werden wie bereits im Jahr 2000 in den Herbstferien stattfinden. Dieses Mal sind alle Schülerinnen und Schüler ab der 9. Klasse angesprochen. Es wird verschiedene Projekte für die 9. und 10. Klasse und die Jahrgänge 11 bis 13 geben. Die TU Berlin lädt alle Schülerinnen und Schüler von Schulen mit gymnasialer Oberstufe aus ganz Berlin und auch Brandenburg herzlich ein, teilzunehmen. Von „Blitz und Donner“ über die „Mischen (Im)possible“ bis zur Reise „per Anhalter durch die Nanowelt“ reichen die Themen aus mehr als 50 Projekten. Insbesondere Schülerinnen, denen von ihrer Umwelt der Umgang mit Technik oft nicht zugetraut wird, sind besonders aufgefordert, die Schülerinnen&Schüler-Technik-Tage für sich zu nutzen. Das Projekt wurde von der Zentralen Frauenbeauftragten der TU Berlin ins Leben gerufen und wird in Kooperation mit den Fakultäten, der Allgemeinen Studienberatung und der Pressestelle durchgeführt. Anmeldung ab 1. September 2001. Tel.: 314-2 59 78

www.tu-berlin.de/stt/

ZWISCHENBILANZ /tui/ Das Verfahren zur Einführung des Bachelor-Studiengangs Chemie an der TU Berlin wird jetzt (bereits seit zwei Monaten) vom Senat bearbeitet. Danach muss der Studiengang noch akkreditiert werden. Allerdings ist nicht sicher, ob dieser Ablauf auch der Politik des neu gebildeten Senats entspricht. Möglich ist, dass der Senat den Studiengang auch ohne Akkreditierung genehmigt.

BERUFS- UND STUDIENFÜHRER /tui/ Der Berufs- und Studienführer Wirtschaftswissenschaften, herausgegeben von Dr. Axel Westerwelle, informiert ausführlich über Hochschulen mit wirtschaftswissenschaftlichen Studienangeboten und beschreibt deren Schwerpunkte. Außerdem werden Berufsfelder für Wirtschaftswissenschaftler vorgestellt.

FACHTAGUNG /tui/ Am 18. Juni fand an der TU Berlin die mit großem Interesse erwartete Fachtagung „Handelndes Lernen in der Bauwirtschaft“ statt. Veranstalter war das Institut für berufliche Bildung und Arbeitslehre der TU Berlin in Kooperation mit dem Modellversuch Integra (Erfurt/Weimar). Seit im Jahr 1999 für die Bauwirtschaft eine neue Ausbildungsordnung und neue Rahmenlehrpläne für die Berufsschule umgesetzt wurden, besteht der dringende Bedarf, die Ausbildung der Lehrlinge auf die dort beschriebenen Ziele abzustimmen. Damit müssen natürlich auch das Studium der zukünftigen Berufsschullehrer und die Qualifizierung der Ausbilder diese grundlegenden Veränderungen mit einbeziehen. Bei der Fachtagung wurden nun Konzepte zur Förderung Benachteiligter wie auch Arbeits- und Lernaufgaben für eine Doppelqualifizierung (Facharbeiter plus Fachhochschulreife), Unterlagen für die überbetriebliche Ausbildung sowie Entwürfe für die Berufsschule vorgestellt. Prof. Dr. Ernst Uhe und Dr. Johannes Meyer von der TU Berlin präsentierten der Fachöffentlichkeit ihre Handreichung „Handelndes Lernen in der Bauwirtschaft“.

DIPLOMATEN GESUCHT /tui/ Die Freie Universität Berlin sucht interessierte Studierende aus unterschiedlichen Fachbereichen, die als aktive Diplomaten an der National Model United Nations Conference im April 2002 in New York teilnehmen wollen. Teilnahmevoraussetzungen sind neben sehr guten Englischkenntnissen überdurchschnittliches Engagement und Kenntnisse über die Vereinten Nationen. Schriftlich bewerben kann man sich bis zum 30. September 2001. Infos: Peggy Wittke Tel.: 838-5 47 05.

www.fu-berlin.de/jura/projekte/international/index.html

Von Berlin nach Paris: ganz easy?

Gestufte Studiengänge zwischen Anspruch und Realität

In den letzten drei Jahren haben sich die europäischen Bildungsminister in den Konferenzen von Sorbonne, Bologna und zuletzt in Prag geeinigt, die Attraktivität und die Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Raums im Bildungsbereich bis zum Jahre 2010 durch gemeinsam initiierte Studienreformaßnahmen zu steigern. Unter anderem wird die Einführung vergleichbarer Studienabschlüsse, eine Anpassung auf ein zweizyklisches Studiensystem in Verbindung mit der Einführung von Kredit- und Leistungspunkten und der Austausch von Studierenden und Lehrpersonal sowie eine systematische Qualitätssicherung gefordert. In Deutschland haben die Hochschulrektorenkonferenz und der Wissen-

schaftsrat die Einführung gestufter Studiengänge empfohlen. Der gesetzliche Rahmen ist durch das neue Hochschulrahmengesetz und die Beschlüsse der Kultusministerkonferenz gegeben. Zurzeit existieren bereits ca. 600 gestufte Studiengänge an deutschen Hochschulen. An der TU Berlin sind drei gestufte Studiengänge in Vorbereitung, zwei Masterstudiengänge existieren bereits. Es stellt sich damit zwangsläufig die Frage, welche Chancen und Risiken für die Studierenden eine Entscheidung für die neuen Studiengänge bedeutet. TU intern befragte dazu Dr. Patrick Thurian, Controller für Lehre und Studium, und Anja Schillhaneck, Studentin und Mitglied im Akademischen Senat der TU Berlin.

Chancen überwiegen Risiken

Ausländerfahrung gehört zu den wünschenswerten Eigenschaften, die Absolventen bei ihrem Eintritt ins Berufsleben mitbringen sollten. Obwohl das deutsche Universitätsdiplom von allen Kennern des Ausbildungssystems als äquivalent zum Masterabschluss angesehen wird, erfolgt im Ausland vielfach eine Einstufung des Diploms auf Bachelorniveau, da es sich bei dem Diplom formal um den ersten berufsqualifizierenden Abschluss handelt. Die Einführung eines gestuften Studiensystems mit einem Bachelor als ersten Abschluss nach drei bis vier Jahren und einem Master als zweitem Abschluss nach insgesamt fünf Jahren eröffnet zunächst eine neue Schnittstelle, die einen leichteren Studienwechsel ins Ausland und nach Deutschland hinein ermöglicht. In Verbindung mit der Einführung von Leistungspunkten können auch kleinere Module an unterschiedlichen Orten belegt und leichter anerkannt werden. Darüber hinaus ermöglicht der Bachelor im Einzelfall auch einen früheren Berufseintritt und gegebenenfalls später den Anschluss eines weiterbildenden Masterstudiums. Da bisher nur wenige Kenntnisse über die Akzeptanz des Bachelors auf dem Arbeitsmarkt vorliegen, sind Aussagen über die Chancen von Bachelorabsolventen/absolventen zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch verfrüht. Im Gegensatz zu Diplomstudiengängen unterliegen die gestuften Studiengänge keiner Rahmenordnung, und so sind Spielräume für eine hochschulspezifische Ausgestaltung der Curricula vorhanden. Daher bedarf es hier einer sys-

tematischen Qualitätssicherung durch Evaluation und Akkreditierung, und nicht jeder Bachelor- oder Masterstudiengang kann zurzeit uneingeschränkt empfohlen werden. Die Arbeitsgemeinschaft der Technischen Universitäten und Hochschulen, der auch die TU Berlin angehört, hat sich in



dem anlässlich der Salamanca Konferenz im März 2001 erstellten Positionspapier zur Ingenieurausbildung verpflichtet, eine qualitativ hochwertige Ausbildung in sämtlichen Studiengängen zu garantieren.

Die Diskussion um die Neugestaltung gestufter Studiengänge gibt aber auch der Studienreform in den bestehenden Diplomstudiengängen neue Impulse. Sofern in einer Übergangszeit parallele Angebote gestufter Studiengänge und Diplomstudiengänge an einer Hochschule bestehen, sind die Wechselmöglichkeiten in der Regel sichergestellt.

Bei der Wahlentscheidung für einen gestuften Studiengang überwiegen daher aus meiner Sicht die Chancen den Risiken, allerdings erfordert sie von den Studierenden die genauere Auswahl der Hochschule.

Dr. Patrick Thurian

Chancen nicht vertun

Die Einführung der Studienabschlüsse Bachelor und Master wird vor allem mit zwei Argumenten begründet: internationale Vergleichbarkeit (und damit internationale Attraktivität) und Verkürzung der Studienzeiten. Die Studienordnungen, die in letzter Zeit auf

den Tisch des Akademischen Senates kamen, waren in dieser Hinsicht allerhöchstens mittelmäßig. So ist von einer stärkeren Praxisorientierung im Grund- (oder Bachelor-) Studium meist genauso wenig zu sehen, wie von einer Befreiung der Studienpläne vom erdrückenden Ballast der hunderttausend Pflichtfächer, die nebeneinander, aber nie im Zusammenhang gelehrt werden.

Zum Argument der Internationalisierung und Vergleichbarkeit: Was ein Diplom ist, ist bundesweit relativ standardisiert und auch z. B. in angelsächsischen Ländern gut bekannt. Wer glaubt, das Umklappen auf Master würde den Anerkennungsprozess erbrachter Studienleistungen vereinfachen, hat sich gehörig geschnitten. Master und Bachelor sind nämlich keineswegs geschützte Titel, und der Wildwuchs der Zertifizierungs- und Akkreditierungs-Agenturen beginnt bereits jetzt, den Überblick zu erschweren. Ich sehe die Chancen einer zweigeteilten Studienstruktur mit ei-

nem Abschluss an Stelle einer Zwischenprüfung auch anderswo. Sie kann nämlich einen größeren oder kleineren Fachwechsel – auch mit dem Ziel eines individuelleren Qualifikationsprofils als bisher üblich – erleichtern, zum Teil erst ermöglichen. Die mit der Einführung der Zweistufigkeit einhergehende Verpflichtung, auf unterschiedliche Eingangsqualifikationen nicht nur Rücksicht zu nehmen, sondern diese auch als Potenzial zu begreifen, könnte auch inhaltlich neue, interdisziplinäre Betrachtungsweisen voranbringen. Nur – machen müsste man es. Bisher sehen alle an der TU Berlin vorgelegten Master-Studienordnungen vor, dass ein fachlich einschlägiges Bachelorstudium davor liegt. Alles beim Alten also, nur, dass wir jetzt eine weitere Hürde der Zulassung auf dem Weg zum Master (derzeit noch Diplom oder Magister) haben, da es keinen Anspruch gibt, auch in den Master-Abschnitt übernommen zu werden, im Gegensatz zum Anspruch auf ein Hauptstudium bei bestandener Vordiplom.

Eine weitere Chance sehe ich darin, dass es mit einem ersten Abschluss stärker als bisher möglich ist, auch Familienphasen oder „Ausflüge in die Praxis“ besser zu berücksichtigen. Dafür bräuhete es aber eine Übereinkunft, dass ein zeitlich (oder inhaltlich) vom Bachelorstudium getrennter zweiter Studienabschnitt nicht als kostenpflichtige Weiterbildung zu sehen ist, sondern als Bestandteil des Erststudiums. Diese Übereinkunft ist jedoch nicht in Sicht.

Anja Schillhaneck

Projekt Informationszentrum Fremdheit überwinden

Internationalisierung ist heutzutage ein häufig genutzter Begriff. Dass Nationalitäten in Hinblick auf gemeinsame Ziele ihre Bedeutung verlieren, ist schließlich auch eine schöne Vorstellung. Doch grau ist alle Theorie – diese Erfahrung hat auch Milton Amador gemacht. Der frisch gebakene Luft- und Raumfahrtingenieur hat während seines Studiums an der TU Berlin feststellen müssen, dass Vorurteile und Vorbehalte zwischen Deutschen und Ausländern auch vor Studenten nicht Halt machen. In von ihm initiierten Diskussionsrunden mit anderen ausländischen Studierenden stellte sich heraus, dass viele andere ähnliche Erfahrungen gemacht hatten. Auffällig ist z. B., dass sich häufig Gruppen mit deutschen Kommilitonen auf der einen Seite und ausländischen Studenten auf der anderen Seite bilden,



Fühlen sich ausländische Studierende in Deutschland fremd, leidet die Studienmotivation

zwischen denen dann kaum Kooperation und Kommunikation stattfindet. Die unzureichende Integration der ausländischen Studierenden auf der zwischenmenschlichen Ebene führt dazu, dass sich kein Wir-Gefühl innerhalb eines Studiengangs entwickelt, die ausländischen Studenten sich in Deutschland fremd fühlen und die Studienmotivation sinkt. Ein ganz anderes Problem, mit dem ausländische und deutsche Studenten zu kämpfen haben: Wie finde ich die Informationen, die ich als Student brauche?

Woher bekomme ich z. B. ein Stipendium? Wer vermittelt mir einen Praktikumsplatz in Afrika? Wie sieht die berufliche Situation des Fachgebietes in meinem Heimatland aus? Bei vielen dieser Fragen helfen universitäre Einrichtungen weiter. Nur muss man die erst einmal kennen. Manche Fragen sind aber auch zu speziell für übergeordnete Einrichtungen.

Milton Amador hat nun ein Konzept entwickelt, wie sich die sachlichen Probleme lösen und durch ein gemeinsames Ziel gleichzeitig die Kontakte zwischen ausländischen und deutschen Studenten verbessern lassen. Seine Idee: ein Informationszentrum am Institut für Luft- und Raumfahrt für alle dort Studierenden. „Hier könnten Datenbanken zu fachlichen Themen erstellt werden, Informationen zusammengetragen und Kontakte zu verschiedenen Institutionen innerhalb und außerhalb der Universität vermittelt werden“, erläutert er. Dieses Projekt sollte selbstverständlich von ausländischen und deutschen Studenten gemeinsam getragen werden. Da viele Studenten sich ihren Lebensunterhalt verdienen müssen und ihnen die Zeit für eine ehrenamtliche Tätigkeit fehlt, sollte für dieses Projekt eine studentische Hilfskraft-Stelle eingerichtet werden. Die zuständigen Studenten sorgen dann für die Pflege der Datenbanken und beraten ihre Kommilitonen, wohin sie sich mit einem bestimmten Problem wenden können. Bei knappem Uni-Etat ist die Finanzierung sicher nicht ganz problemlos. „Es geht auch darum, mit welchem Bild von Deutschland die Studenten wieder in ihre Heimatländer zurückgehen, meint Milton Amador, und die Universität ist auch die Vorbereitung auf eine Zusammenarbeit von Deutschen und Ausländern im Beruf.“ Internationalisierung kann letztlich nur funktionieren, wenn sie ganz unten ansetzt – bei den zwischenmenschlichen Beziehungen. *bm*

Architekturstudierende bauen für Südamerika Holzgerüst und Lehmbauweise

Schon fast Tradition geworden ist der Praktikumsaufenthalt von Architektur- und Bauingenieurstudierende in Lateinamerika. Jeweils in den Wintersemesterferien fährt Frau Prof. Ingrid Goetz, FG Baukonstruktion und Entwurf der Architektur fakultät, seit vier Jahren mit Studierenden in abgelegene

City arbeiten an vier Projekten in Mexiko. In den Bergen der Sierra Sur wurde das 1999 gebaute Gemeinschaftshaus, in dem Kurse abgehalten werden, durch eine Gemeinschaftsküche ergänzt. Im Tal von Oaxaca konnte ein weiteres Gemeinschaftshaus in Lehmbauweise in sieben Wochen errichtet werden.



Diese Bambuskirche in Ecuador war vom Verfall bedroht

Indiohöfen, die unter der Armutsgrenze leben. Die Projekte sind so gewählt, dass sie Anstoß zur Selbsthilfe geben. In vorbereitenden Seminaren, zusammen mit dem Fachgebiet Tragwerkslehre und dem Institut für Bauingenieurwesen, werden die Gebäude geplant, berechnet und organisiert, bis hin zum Baumaterial- und Werkzeugeinkauf vor Ort. In den Wintersemesterferien dieses Jahres führen 75 Studierende mit Frau Prof. Goetz nach Lateinamerika. Zum ersten Mal wurden zwei Projekte in Ecuador ausgeführt. 35 Studenten der TU Berlin und sechs Studenten der Pontificia Universidad Católica del Ecuador in Quito bauten zusammen ein Hospital für andine Medizin in Riobamba und stellen eine begonnene und dem Verfall anheim gegebene Bambuskirche an der pazifischen Küste fertig. Weitere 40 Studenten der TU Berlin und sechs Studenten der UNAM in Mexico

Die Restaurierung des maurischen Dachstuhls einer Kirche aus dem 17. Jahrhundert war eine große Herausforderung für die Studenten. Gleichzeitig arbeitete eine Gruppe an der Restaurierung eines Barockaltars. Die Restaurierungsarbeiten wurden von der Fundación Cultural fi-

nanziert, Adveniat gab Zuschüsse zu dem Bau der Gemeinschaftshäuser und der vom Erdbeben zerstörten Kirchen. Der Marie-Schlei-Verein, das Lateinamerikazentrum, die Deutsche Botschaft in Mexiko, der Deutsche Akademische Austauschdienst, die TU Berlin, das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland und Privat- und Firmenspenden halfen bei der Verwirklichung der Projekte.

Prof. Dr. Ingrid Goetz

Die Ausstellung „Studenten bauen in Lateinamerika“ ist noch bis zum 1. Oktober 2001 von montags bis freitags in der Zeit von 9.00 bis 18.00 Uhr im Architekturgebäude der TU Berlin in der Galerie im 1. OG, Foyer, Straße des 17. Juni 152, 10623 Berlin zu besichtigen. Der Eintritt ist kostenlos.

Schulbausteine für Gando

TU-Studierende bauen in Burkina Faso

Zwischen Dezember 2000 und Mai 2001 sind fünf Architekturstudierenden der TU ganz schön ins Schwitzen gekommen. Kein Wunder, wenn man bei 45 °C im Schatten Schwerstarbeit leistet: In dem Dorf Gando im westafrikanischen Burkina Faso halfen sie dabei, eine Schule zu bauen. Mit vielen Erinnerungen an die hervorragende Zusammenarbeit mit der Dorfbewohner und die ungeheure Gastfreundschaft, durch die sie sich in der fremden Kultur bald als Freunde aufgenommen fühlen, sind sie jetzt nach Deutschland zurückgekehrt:



Die Kinder des Dorfes mit einem Modell „ihrer“ Schule

Gando hat jetzt eine neue Schule. Wo eine glühende und sandige Fläche war, sitzen Arbeiter, Direktor und Lehrer, Besucher, Bewohner und natürlich viele Kinder in der schattigen Windstille eines neuen Gebäudes. Aus den umliegenden

Orten und selbst der Hauptstadt Ouagadougou kommen täglich Neugerie, um sich das „Wunderwerk“ anzusehen, über das so viel gesprochen wird. Der gemeinnützige Verein Schulbausteine für Gando besteht seit 1998 zur Unterstützung des Dorfes Gando in Burkina Faso, das heißt „Land der aufrechten Menschen“. Die ehemals französische Kolonie Obervolta liegt in der Sahelzone und zählt laut Weltbank zu den ärmsten Ländern der Erde. Die Analphabetenrate in Gando liegt noch über dem Landesdurchschnitt von 81 Prozent.

der geplanten Maßnahmen stehen Bildung, Gesundheit durch Hygiene und die Verwendung wie Verbesserung der traditionellen Bautechniken. Die Finanzierung der Projekte erfolgt über private Spenden, die Arbeit des Vereins ist ehrenamtlich. Erster und grundlegender Schritt war die Errichtung einer neuen Schule. Aufgrund akuter Einsturzgefahr des bestehenden und zu kleinen Gebäudes stand die ersatzlose Schließung der Einrichtung bevor. Der Schulbau ist die einzige Möglichkeit, den Kindern in Gando und den umliegenden Dörfern eine Schulbildung und die Basis für jede Art einer langfristigen Weiterentwicklung zu ermöglichen. Diese Chance hat die Bevölkerung ergriffen. In harter Arbeit wurden Umengen von Lehm aus dem Boden gehackt, Sand geschaufelt, gesiebt, mit Eseln und später LKW's gekarrt, Kies zusammengefeigt. Steine geschleppt, von der einzigen Pumpe des Dorfes Wasser herangetragen usw. – und viel



TU-Student Francis Diébédo Kéré (Mitte) rief den Schulbauverein ins Leben



Studentische Entwicklungshelfer: Christiane Putschke und Rüdiger Tomm

gelacht wurde dabei auch. Die Kinder haben es sich nicht nehmen lassen, in den Unterrichtspausen und nach der Schule unermüdet mitzuhelfen. Eine außergewöhnliche Erfahrung war für uns die Notwendigkeit, alle Normen und Maßstäbe fallen zu lassen. Wir haben gelernt, wie schwer ein Eimer Wasser auf dem Kopf wiegt, wenn ein Esel müde wird, dass es ganz logisch ist, dass es kaltes Wetter gibt, wenn der König von Ouaghiuya stirbt, ein Weihnachtsmann auch zu Ramadan passt, und dass ein Zollstock ziemlich kompliziert ist, wenn man nicht lesen kann. Nach zwei bis sechs Monaten mussten wir abreisen, begleitet von Gebeten, von schmalzenden und streichelndem Händedrücken, Geschenken und der Frage: „Warum fahrt ihr denn schon, wir konnten uns ja noch gar nicht unterhalten.“

Anna Schulenburg

Die Gewährleistung einer Ausbildung ist der erste Schritt, die nächsten sind geplant. Wir informieren Sie gerne und freuen uns über Ihre Unterstützung (Schulbausteine für Gando e.V., E-Mail: fuerGando@gmx.net, KontoNr.: 5710247007; Berliner Volksbank: BLZ 10090000, wir stellen selbstverständlich Spendenquittungen aus.)

Hochschulmarketing Neue Partnerschaften

Vom 26. Mai – 1. Juni 2001 fand in Philadelphia die jährliche NAFSA-Konferenz (Association of International Educators) statt. Zum ersten Mal haben sich die Berliner und Brandenburger Hochschulen zusammengefasst, um sich als Länderinitiative mit einem Länderstand bei dieser weltweit größten Konferenz in diesem Bereich zu beteiligen. Erfreulicherweise hatten die beiden Ministerien von Brandenburg und Berlin ihre Unterstützung zugesagt, sodass der Länderstand unter dem Titel „Higher Education and Research in Berlin-Brandenburg“ präsentiert werden konnte. Die Organisation vor Ort wurde vom DAAD übernommen.

Die NAFSA ist ein hervorragendes Forum, um mit den Verantwortlichen für „International Education“ von Partneruniversitäten aus Übersee und Europa bestehende Kooperationen zu vertiefen und neue zu vereinbaren. In den letzten Jahren hat der wachsende Stellenwert internationaler Qualifizierung zum Ausbau von Auslandsstudienprogrammen

geführt, sodass es an der TU Berlin mittlerweile ein Netz von fest etablierten Austauschprogrammen mit über 240 Hochschulen im Ausland gibt. Zurzeit ca. 350 Studierende das Angebot eines Auslandsstudiums im Rahmen von unseren Hochschulkooperationen. Da die Nachfrage in Richtung Übersee und hier vor allem nach einem Studium in den USA, Kanada und Australien weiterhin das Platzangebot um einiges übersteigt, diente die Teilnahme an der NAFSA Konferenz insbesondere der Ausweitung des Auslandsstudienangebots mit nordamerikanischen und australischen Universitäten. Insofern galt es, potentiellen Partnern ein „study abroad program“ anbieten zu können, das für ihre Studierenden interessant ist, um dadurch Studienplätze für unsere Studierenden zu akquirieren. Der Ansatz liegt dabei weniger in der individuellen Rekrutierung von Studieninteressenten als vielmehr darin, gegenseitige Partnerschaften zu vereinbaren.

Dr. Carola Beckmeier

Stipendientreffen Mercer-Fest: Super Stimmung

Am 26. Mai 2001 unterzeichneten die international tätige Management-Unternehmensberatung Mercer Management Consulting und die TU Berlin eine Kooperationsvereinbarung, die verschiedene Förderprogramme für auslandsbegeisterte TU-Studierende vorsieht. So werden sowohl der Akademischen Auslandsamt ausgewählte Stipendiaten eine zusätzliche Auslandsförderung im „Mercer-Top-Programm“ erhalten sowie im Rahmen des „Mercer Intellectual Capital-Programm“ Diplomarbeiten im Ausland vergeben. (Die erste Auswahlrunde dafür startet Mitte November 2001. Informationen gibt es ab September im Internet unter www.tu-berlin/zuv/aaa.)



Um die Zusammenarbeit gebührend zu feiern und den diesjährigen TU-Stipendiaten für ihre Reise nach Übersee zu gratulieren, hatte Mercer am 22. 6. im Café Campus ein gelungenes erstes Sommer-Abschiedsfest ermöglicht. Anwesend waren die TU-Stipendiaten, einige der programmbegeisterten Hochschullehrer, Mitarbeiter des Akademischen Auslandsamtes und eine gutgelante Gruppe der neuen Mercer-Kooperationspartnern. Der TU-Vizepräsident Prof. Sahn eröffnete das Fest mit einer Ansprache. Danach hieß es auf zur „Schlacht am warmen Buffet“, und anschließend wurde bis in den frühen Morgen das Tanzbein geschwungen.

Jutta Gbur

Jubiläen Deutsch-Kanadischer Zusammenarbeit Ein ökologisches Netzwerk über den Atlantik

Mit einer Festveranstaltung vom 23. bis 26. Oktober in Bonn beim BMBF feiert die Deutsch-Kanadische Zusammenarbeit in Wissenschaft und Technik (WTZ Kanada) in diesem Jahr ihr 30-jähriges Bestehen. Im Rahmen des WTZ-Abkommens wird im Sektor „Environment“ seit 1994 das deutsch-kanadische „Ecosystem Health Netzwerk“ von der TU Berlin aus koordiniert – auf deutscher Seite vom Fachgebiet Ökotoxikologie (Fakultät VII), auf kanadischer Seite vom National Water Research Institute (NWR) aus. Die Zusammenarbeit wird vom BMBF gefördert, die Projektträgerschaft liegt beim Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V. Aufgabe des interdisziplinären Netzwerkes ist die Zusammenführung verschiedener Einzelprojekte und deren Arbeitsgebiete. Derzeit sind etwa zwölf deutsch-kanadische Arbeitsgruppen an Forschungsprojekten beteiligt. Auf den jährlichen Workshops, die abwechselnd in

Deutschland und Kanada stattfinden, werden Erfahrungen ausgetauscht und Ergebnisse aus den Forschungsprojekten vorgestellt und koordiniert. Derzeit kann der Zustand von Ökosystemen nur unzureichend bewertet werden. Als Teil einer weltweit verstärkten Untersuchung integrierter Effekte auf Ökosysteme entwickelt das Netzwerk Verfahren und Messgrößen, um die Reaktionen von Ökosystemen auf ökotoxische Substanzen zu bewerten. Dazu führen die Wissenschaftler des Netzwerkes Expositionsuntersuchungen zu Identifizierung, Verteilung und Verbleib von Schadstoffen durch. Sie erfassen dabei „unerwünschte Wirkungen“ wie Immuntoxizität und Genotoxizität und untersuchen biologische Effekte, wie z. B. endokrine Wirkungen, Wachstum und Reproduktion. Ein Beispiel dafür ist die Messung von Umweltbelastungen mit Hilfe so genannter Biosensoren, die sich aus einem „Bio-

marker“ (biologisches System) und einer elektronischen Messeinheit zusammensetzen. So gelang es, in einem Forschungsprojekt einen Biomarker zu identifizieren, der die Wirkung von Umwelteinflüssen auf das Immunsystem von Muscheln qualitativ wie quantitativ anzeigt. Umfangreiche Vergleichsuntersuchungen in Kanada bestätigen, dass damit für das Gewässer-Monitoring ein effizientes biologisches Warnsystem für Routineuntersuchungen zur Verfügung steht. Sind derartige Verfahren entwickelt, können solche integrativen Messungen auch auf die Untersuchung anderer Umwelteinflüsse übertragen werden, z. B. auf die Auswirkungen der Schwermetallbelastung auf das Immunsystem. Ein Testsystem zur Phagozytose von Muschel-Hämocyten, gemeinsam mit dem Centre Saint-Laurent entwickelt, wird im Rahmen des Tripleux Projekts der DLR 2006 unter Weltraumbedingungen erprobt. Viele der im Netzwerk angest-

ellten Projekte werden später in größere nationale Forschungsverbände überführt.

Durch die deutsch-kanadische Zusammenarbeit bildeten sich auch länderübergreifende Lösungsansätze heraus. So sind Umweltprobleme in Kanada und Deutschland auf vielen Gebieten durchaus vergleichbar. Ein von deutscher Seite entwickelter emissionsbezogener Ansatz zur Abwasserprüfung wurde in Kanada als „Deutsches Erfolgsmodell“ diskutiert und wird heutzutage im „Urban Effluent Programme“ im Centre Saint Laurent erstmals umgesetzt.

Prof. Dr. Peter-Diedrich Hansen

Kontakt: Prof. Dr. Hansen, Institut für Ökologie, Tel.: 314-214 63, Fax: 314-2 16 75, E-Mail: pd.hansen@tu-berlin.de
www.ecosystem-health-network.de
www.tu-berlin.de/~oekotox

EXKURSION /tui/ Das Akademische Auslandsamt der TU Berlin bietet für ausländische Studierende in der Zeit vom 27. 8.–30. 8. 01 eine Exkursion nach Heidelberg/Strasbourg und Stuttgart an. Es ist eine Eigenbeteiligung von DM 110,- zu zahlen. Schnelle Anmeldung erforderlich. Nähere Auskünfte: Marie-Luise Richter, Raum H 54, Tel.: 314-2 44 11.

INGENIEURAUSBILDUNG GLOBAL /tui/ Die American Society for Engineering Education (ASEE) veranstaltet in Zusammenarbeit mit der European Society for Engineering Education (SEFI) und der Technischen Universität Berlin unter der Schirmherrschaft des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) das internationale Colloquium „Global Changes in Engineering Education“. Im Zentrum der Tagung stehen Themen wie die Rolle neuer Technologien, die Verabschiedung von vergleichbaren Standards für die Akkreditierung von neuen Studiengängen (Bachelor und Master) sowie die Erziehung zum „Entrepreneurship“, d. h. zu Unternehmensgründungen aus der Universität heraus. Die Tagung findet vom 15. bis zum 18. September 2001 in Berlin statt.

➔ www.asee.org/conferences/
international/default.cfm
 ➔ www.ntb.ch/SEFI

VORTRAG /tui/ Das Ibero-Amerikanische Institut/Preußischer Kulturbesitz, die TU Berlin und das Lateinamerika-Forum Berlin laden am 18. Juli um 18 Uhr ein zu einem Vortrag über „Die wasserwirtschaftlichen Probleme an der Ostküste und Südküste Spaniens“. Studierende der Landschaftsplanung an der TU Berlin stellen ihr Hauptstudiumsprojekt vor, an dem sie während zwei Semestern arbeiteten und das auch drei zweiwöchige Exkursionen nach Spanien beinhaltet. Vortragstr.: Simon-Bollivar-Saal des Ibero-Amerikanischen Institutes/PK, Potsdamer Straße 37, 10785 Berlin.

WEITERBILDUNG /tui/ Deutschland muss in der beruflichen Weiterbildung international attraktiver werden – das ist das Ergebnis einer vom BMBF beauftragten Studie der Arthur Andersen Managementberatung GmbH. Die deutsche Berufsausbildung genießt demnach ein hohes Ansehen im Ausland. Es gibt eine große Zahl spezialisierter Angebote, ein spezifisches Know-how in Innovationsbereichen. Die deutschen Weiterbildungsangebote sind aber eher angebots- als nachfrageorientiert. Es mangelt an fremdsprachigen Angeboten, international marktfähigen Abschlüssen und begleitenden Serviceleistungen.

BILDUNG INTERNATIONAL /tui/ Nach der OECD-Studie „Bildung im internationalen Vergleich“ gibt es in Deutschland zu wenig Studienanfänger und Hochschulabsolventen. Während in Deutschland nur 28 Prozent der jungen Erwachsenen ein Studium aufnehmen, sind es durchschnittlich in allen OECD-Mitgliedsstaaten 45 Prozent. Wie in den meisten OECD-Staaten so sind auch in Deutschland die öffentlichen Ausgaben für Bildung gestiegen.

ALEXANDER VON HUMBOLDT-STIFTUNG /tui/ Die Stiftung stellt auf ihrer Website jetzt jeden Monat einen Humboldtianer im Porträt vor. Humboldtianer sind herausragende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus aller Welt, die von der Stiftung gefördert werden bzw. wurden.

➔ www.humboldt-foundation.de/de/aktuelles/portrait

AUFENTHALTSERLAUBNIS /tui/ Angesichts des Fachkräftemangels hat eine breite Koalition von Experten aus SPD, CDU und FDP gefordert, ausländische Hochschulabsolventen in Deutschland zu halten. CDU und FDP wollen eine unbefristete Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis.



ABSOLVENTENGUIDE /bk/ Unterstützung beim Einstieg ins Berufsleben möchte der Absolventenguide geben, der regelmäßig im Semester erscheint. Neben Firmenpräsentationen gibt es auch hier viele Stellenanzeigen von Unternehmen, die auf der Suche nach Hochschulabsolventen und -absolventinnen sind. Herausgeber des Absolventenguides ist der evmV Wirtschafts- und Medienverlag GmbH. Die aktuellen Ausgaben werden in den Universitäten ausgelegt.
 → www.absolventenguide.de

MOVE AHEAD! /bk/ Am 21. und 22. September veranstaltet die Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft Berlin e.V. (EAF), die eng mit der TU Berlin kooperiert, und die Boston Consulting Group einen Kongress für Absolventinnen und Frauen am Karrierestart. Move Ahead! so der Titel der Tagung, die Hochschulabsolventinnen und Frauen auf dem Karriereweg die Möglichkeit bietet, mit erfolgreichen Frauen aus Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft, Unternehmensgründung und Unternehmensberatung sowie aus dem Non-Profit-Bereich ins Gespräch zu kommen. Da die Teilnehmerinnenzahl begrenzt ist, ist eine Bewerbung für den Kongress erforderlich. Es können sich Frauen aller Studienrichtungen bewerben, die sich am Ende ihres Universitätsstudiums befinden oder erste Berufserfahrungen gesammelt haben. Bewerbungsschluss ist der 15. August 2001, die Teilnahme ist kostenlos, Tel.: 28 87 98 52 (Marion Zeßner, EAF)
 → www.bcg.de/moveahead oder

INNOVATIONSPREIS /bk/ „Haben Sie etwas erfunden oder kennen Sie jemanden, der etwas Neues entwickelt hat? Dann bewerben Sie sich jetzt beim Innovationspreis Berlin/Brandenburg 2001!“ Damit fördert die Senatsverwaltung für Wirtschaft und Technologie in Berlin gemeinsam mit dem Ministerium für Wirtschaft, Brandenburg, alle diejenigen auf, die innovative Ideen haben, sich für den o.g. Preis zu bewerben. Für den mit insgesamt 100 000 DM dotierten Preis können sich sowohl Einzelpersonen als auch Teams oder Unternehmer und Gründer bewerben. Bewerbungsschluss ist der 31. Juli 2001. Weitere Infos und Bewerbungsunterlagen: golz + friends, Event Sponsoring PR GmbH, Hauptstr. 14, 10827 Berlin, Tel.: 77 00 89 93
 → www.innovationspreis.de

SUMMER SCHOOL /bk/ Am 23. Juli ist es wieder soweit, dann kommen rund 30 ausländische TU-Absolventen und -absolventinnen zusammen, um am Summer School Programm teilzunehmen, das seit vielen Jahren an der TU Berlin angeboten wird. Die Summer Schools richten sich an ausländische Studierende in den Abschlusssemestern, Doktoranden und Absolventen. Sie sollen u. a. auf den Berufsstart in ihren Heimatländern vorbereitet werden, Managementkenntnisse vermittelt bekommen und Teamarbeit trainieren. Weitere Infos: Dr. Ingo Meyer, Tel.: 314-2 40 28
 → www.tu-berlin.de/abz

MULTIMEDIA /bk/ Wer innovative Geschäftsideen für Unternehmensgründungen im Bereich Multimedia hat, sollte sich am Gründerwettbewerb Multimedia beteiligen. Wer Interesse hat, kann sich bis zum 31. Dezember 2001 bewerben. Weitere Infos: VDI/VE-Technologiezentrum Informationstechnik GmbH, Tel.: (03328) 435-220, E-Mail: inf@gruenderwettbewerb.de
 → www.gruenderwettbewerb.de

Meinungen aus der Praxis

Christine Klier

Helfen, wenn's brennt

Den Alltag in einer immer komplizierter werdenden Welt zu bewältigen ist gar nicht so leicht. Und manche Menschen kommen ohne Hilfe gar nicht mehr klar – beispielsweise, weil sie schon sehr alt sind, psychische Probleme haben oder eine geistige Behinderung. Dann stellt das Vormundschaftsgericht ihnen einen Berufsbetreuer zur Seite, der für sie Geldangelegenheiten regelt, bei Behördenangelegenheiten hilft, aber auch wenn nötig die Einwilligung zu einer Operation gibt. Christine Klier ist so eine Berufsbetreuerin. Seit 1998 ist die heute 38-jährige Magistra der Erziehungswissenschaften in diesem Beruf freiberuflich tätig. Als sie die Schule nach der 10. Klasse beendete, hatte sie noch gar keine Ambitionen zu studieren. Sie begann eine Ausbildung zur Verwaltungsfachangestellten und arbeitete zunächst in der Obdachlosenstelle des Bezirksamtes Berlin-Kreuzberg. An der Arbeit gefiel ihr, dass sie viel Kontakt mit Menschen hatte. Dann wurde sie zum Jugendamt versetzt und hatte nur

nach mit Akten zu tun. Qualifizierungsmöglichkeiten waren auch kaum in Sicht. „Ich dachte damals: Das kann doch nicht alles gewesen sein bis zur Rente“, erinnert sich Christine Klier. Zur TU Berlin kam sie dann 1992 durch eine Zeitungsente. Da war von einem zweijährigen „Frauenstudium“ die Rede. Ein Telefonat mit der Studienberatung der TU Berlin klärte den Irrtum auf und zeigte gleichzeitig eine Alternative auf: ein Studium der Erziehungswissenschaften nach Paragraph 11. Wer eine dreijährige Ausbildung absolviert und mindestens vier Jahre in einem fachrelevanten Beruf gearbeitet hat, kann demnach auch ohne Abi studieren. Ganz leicht war es für Christine Klier nicht, sich für das Studium zu entscheiden. Schließlich hatte sie zu dieser Zeit schon zwei kleine Kinder. „Mein Mann hat mich aber von Anfang an unterstützt“, erklärt sie, „das hat mir geholfen.“ Besonders angenehm war, dass alle Kommilitonen auch schon Berufserfah-



runge hatten. Und der Studienplan ließ Spielraum für das Familienleben: „In die Veranstaltungen konnten wir sogar unsere Kinder mitbringen“, erinnert sie sich, „das fanden meine immer sehr spannend.“ Neben Erziehungswissenschaften studierte Christine Klier noch Psychologie und Soziologie. Um praktische Erfahrungen zu sammeln, arbeitete sie ehrenamtlich in einem Kinderschutzzentrum, bei der Familienpflege der Ufa-Fabrik und bei der Familienhilfe des Bezirksam-

tes, für die sie auch jetzt noch teilweise tätig ist. Dort lernte sie auch eine freiberufliche Berufsbetreuerin kennen. Damals kam ihr die Idee, sich nach dem Studium selbstständig zu machen. In Weiterbildungskursen eignete sie sich dann noch das nötige rechtliche Wissen an. Heute betreibt sie durchschnittlich 30 Menschen gleichzeitig. Dass sie in ihrem Beruf Wissen aus Ausbildung und Studium nutzen kann, gefällt ihr besonders. „Natürlich ist die Arbeit manchmal auch nicht ganz einfach“, sagt sie. „Wenn ich sehe, was für Probleme manche Menschen haben und in welchen Verhältnissen sie leben, kommt mir mein Zuhause oft wie eine Idylle vor und die eigenen Probleme ganz klein.“ Trotzdem bleibt der Spaß an der Arbeit, weil sie so abwechslungsreich ist, und Christine Klier freut sich, wenn sie Probleme für ihre „Schützlinge“ lösen konnte. Wenn neben Familie und Job noch Zeit bleibt, hat sie immer noch Energie, sich den Problemen von Menschen anzunehmen. Schon seit dem Studium engagiert sie sich im Frauenverband „Courage“, der sich auch international für die Rechte von Frauen einsetzt.
 Bettina Micka

Wirtschaftsingenieure

Musik und Buffet zum Abschied im Lichthof

Absolventen, Absolventinnen, Eltern, neuimmatrikulierte Studierende und Professoren waren am 29. Juni in den TU-Lichthof eingeladen zur Verabschiedung der Wirtschaftsingenieure und -ingenieurinnen der TU Ber-

lin. Leichte musikalische Klänge, feierliche Ansprachen, ein üppiges Buffet wurden den zahlreichen Gästen geboten, und die Absolventen und Absolventinnen erhielten somit an diesem Nachmittag einen würdigen Abschied von ihrer Universität. Dass der Studiengang Wirtschaftsingenieurwesen gute Kon-

takte zur Wirtschaft hat, zeigte sich nicht nur bei der Bewirtung der Gäste. Sponsoren haben es auch, wie in den Vorjahren, ermöglicht, dass Preise für schnelles und gutes Studium vergeben werden konnten. So prämierte die Bundesvereinigung Logistik e.V. (BVL) herausragende Diplomarbeiten auf dem Gebiet der Logistik mit 6000 DM sowie der kostenlosen Teilnahme am 18. Deutschen Logistik-Kongress 2001 in Berlin. Sven Michaelis (1. Preis, 3000 DM), Jan Gross (2. Preis, 2000 DM) und Dagmar Rehfeld (3. Preis, 1000 DM) ha-

Empfang

Geschafft ...



Prof. Dr. Jürgen Ewers überreichte die Promotionsurkunden

Wieder hieß es für rund 200 Promovendinnen und Promovenden der TU Berlin: Geschafft! Ein Grund zum Feiern. Aus diesem Anlass lud TU-Präsident Prof. Dr. Hans-Jürgen Ewers am 9. Juli all diejenigen, die im vergangenen Jahr ihre Promotion bzw. Habilitation erfolgreich abgeschlossen haben, zu einem Empfang in den Lichthof des Hauptgebäudes ein. Begrüßt wurden auch die neuberufenen Professorinnen und Professoren der TU Berlin. Im Rahmen dieser Veranstaltung fand darüber hinaus die feierliche Amtseinführung des neugewählten 3. Vizepräsidenten, Prof. Dr. Bernhard Wilpert, statt. Gleichzeitig wurde der bisherige 3. Vizepräsident, Prof. Dr. Günter Abel mit viel Dank verabschiedet.
 bk



desvereinigung Logistik e.V. (BVL) herausragende Diplomarbeiten auf dem Gebiet der Logistik mit 6000 DM sowie der kostenlosen Teilnahme am 18. Deutschen Logistik-Kongress 2001 in Berlin. Sven Michaelis (1. Preis, 3000 DM), Jan Gross (2. Preis, 2000 DM) und Dagmar Rehfeld (3. Preis, 1000 DM) ha-

ben in diesem Jahr die besten Diplomarbeiten, alle mit der Note 1,0, abgelegt und wurden von der BVL geehrt. Bester Absolvent des Studienjahres 2000/2001 ist Matthias Lütke Entrup gewesen, der sein Studium mit der Note 1,7 abgeschlossen hat und für diese Leistung mit einer Prämie in Höhe von 1000 DM der MLP-Finanzdienstleistungen AG ausgezeichnet wurde. Der schnellste seines Jahrganges war mit nur acht Semestern Studiendauer Matthias Sander. Er erhielt zwei Flugtickets für ein beliebiges Ziel weltweit, die von der Lufthansa Cargo AG gestiftet wurden. Zum ersten Mal wurde im Rahmen dieser Absolventenverabschiedung der Konrad-Mellerowicz-Preis vergeben, der von dem verstorbenen Sohn, Prof. Dr. Harald Mellerowicz, in Andenken an Konrad Mellerowicz gestiftet wurde. Seit 1991 wird der mit 10 000 DM dotierte Preis alle zwei Jahre für hervorragende Arbeiten auf dem Gebiet der Unternehmensführung verliehen. Die diesjährigen Preisträger, die jeweils 5000 DM erhalten, sind Dr. rer. oec. Eike Glas (Promotion zum Thema: Konzeption eines Prototypen für die Überführung der SAP-R/3-Kosten-Leistungsrechnung in ein gleichungsbasiertes Kosten-Leistungsmodell) und Dr. rer. oec. Martin Grunow (Promotion zum Thema: Optimierung von Bestückungsprozessen in der Elektronikmontage).
 Bettina Klotz

Businessplan-Wettbewerb

Viele Preise für TU-Absolventen und -Wissenschaftler

Erfolgreicher kann man bei einem Wettbewerb gar nicht sein, als es die TU Berlin beim kürzlich abgeschlossenen Businessplan-Wettbewerb Berlin-Brandenburg gewesen ist. Alle drei Preise, die in der letzten Stufe vergeben wurden, konnten TU-Absolventen und Wissenschaftler für sich verbuchen. Zum ersten Mal wurden darüber hinaus in diesem Jahr die aktivsten und erfolgreichsten Hochschulen Berlin und Brandenburg mit einem Sonderpreis ausgezeichnet, der ebenfalls im Rahmen der Preisverleihungen am 28. Juni überreicht wurde. Auch diese Auszeichnung ging an die TU Berlin. Neben dem Titel „Ideenschmiede Berlin“ wurden 5000 DM an den TU-Präsidenten, Prof. Dr. Hans-Jürgen Ewers, übergeben. Nicht nur unter den Preisträgern war die TU Berlin in allen drei Wettbewerbsstufen bestens vertreten. Insgesamt wurden von TU-Absolventen und -Wissenschaftlern die meisten Wettbewerbsbeiträge eingereicht. Die Universität soll mit dieser Auszeichnung für die Unterstützung, die sie in diesem Zusammenhang leistet, würdigt werden.

Der beste Business-Plan in den Augen der Jury wurde von der Proteome Factory vorgelegt. Die Geschäftsidee von TU-Absolvent Dr. Christian Scheler wurde

te dieser TU-intern-Ausgabe beschrieben, da die Gründer auch mit dem TCC-Preis ausgezeichnet wurden. Eine Ausgründung aus dem TU-Bereich



Die innovativsten Jungunternehmer konnten sich über Preisgelder freuen

mit dem ersten Preis und einem Preisgeld in Höhe von 30 000 DM ausgezeichnet. Womit sich das siebenköpfige Team um Christian Scheler und Prof. Dr. Johann Salnikow vom Max-Volmer-Institut für Biophysikalische Chemie und Biochemie beschäftigt, ist auf der ersten Sei-

Schiffs- und Meerestechnik wurde mit dem zweiten Preis und einem Preisgeld in Höhe von 22 500 DM ausgezeichnet. FRIENDSHIP-Systems heisst die Firma der drei TU-Absolventen Claus Abt, Dr.-Ing. Stefan Harries und Dr.-Ing. Karsten Hochkirch. Das Unternehmen

konzentriert sich auf die Modellierung, Analyse und Optimierung fluiddynamischer Systeme und wird hierfür sowohl Softwareprodukte entwickeln als auch Ingenieurdienstleistungen anbieten. Der dritte Preis (15 000 DM) wurde an die Gründer der Firma ACTryon Technologies. Prof. Dr. Dieter Bimberg, Dr. Dieter Huhse und Dr. Olaf Reiman vom Institut für Festkörperphysik vergeben. ACTryon Technologies wird Laserquellen bauen, die durch ihre enorme Geschwindigkeit maßgebend bei der Produktion von hochfrequenten Bauelementen der Kommunikationstechnik sein werden. Die TU-Physiker waren mit ihrer Geschäftsidee schon Sieger der zweiten Stufe des Wettbewerbs gewesen. Der von der Investitionsbank Berlin und der Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg (uvb) organisierte Businessplan-Wettbewerb Berlin-Brandenburg fand in diesem Jahr bereits zum sechsten Mal statt. Bei dem dreistufigen Wettbewerb haben insgesamt 740 Teilnehmer 326 Geschäftskonzepte eingereicht.
 Bettina Klotz